Auswärtiges Amt

Urkunden zur letzten Phase der deutsch-polnischen Krise

Berlin 1939
Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8
Verlagsarchiv 11879

Inhaltsübersicht

I. Die letzte Phase der deutsch-polnischen Krise

Nachstehend werden die Dokumente abgedruckt, die in der letzten Zeit vor der Einleitung der deutschen Abwehraktion gegen Polen und dem Eingreifen der Westmächte ausgetauscht wurden oder sonst auf diese Ereignisse Bezug haben. Diese Dokumente ergeben, kurz zusammengefaßt, das folgende Bild:

1. Anfang August erhielt die Reichsregierung Kenntnis von dem Schriftwechsel zwischen dem Vertreter Polens in Danzig und dem Senat der Freien Stadt, wonach die Polnische Regierung die Zurücknahme einer angeblichen, in Wahrheit gar nicht erlassenen Anordnung des Senats hinsichtlich der Tätigkeit der polnischen Zollinspektoren mit kurzer ultimativer Frist und unter Androhung von Vergeltungsmaßnahmen gefordert hatte (Anlage 1 bis 3). Dies gab der Reichsregierung Veranlassung, der Polnischen Regierung am 9. August mitzuteilen, daß eine Wiederholung solcher ultimativer Forderungen eine Verschärfung in den deutsch-polnischen Beziehungen herbeiführen würde, für deren Folgen allein die Polnische Regierung verantwortlich sein werde. Zugleich wurde die Polnische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß die Aufrechterhaltung der von Polen gegen Danzig getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen die Freie Stadt zwingen würde, sich nach anderen Ein- und Ausfuhrmöglichkeiten umzusehen (Anlage 4). Die Polnische Regierung beantwortete diese Mitteilung der Reichsregierung mit einem der Deutschen Botschaft in Warschau übergebenen Aide-Memoire vom 10. August, das in der Feststellung gipfelte, Polen werde jede Intervention der Reichsregierung in Danziger Angelegenheiten, die die dortigen polnischen Rechte und Interessen schädige, als Angriffshandlung ansehen (Anlage 5).

2. Am 22. August richtete der Britische Ministerpräsident Neville Chamberlain unter dem Eindruck der Meldungen über den bevorstehenden Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen Deutschland und der Sowjet-Union ein persönliches Schreiben an den Führer. Darin wurde einerseits der feste Entschluß der Britischen Regierung, ihre Bündnispflicht gegenüber Polen zu erfüllen, und andererseits die Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß es geboten sei, zunächst wieder eine Atmosphäre des Vertrauens herzustellen und die deutsch-polnischen Probleme dann auf dem Wege der Verhandlung durch ein international zu garantierendes Abkommen zu lösen (Anlage 6). Der Führer legte in seiner Antwort vom 23. August die wahren Ursachen der deutsch-polnischen Krisis dar. Er wies insbesondere auf seinen großzügigen Vorschlag vom März dieses Jahres hin und stellte fest, daß die damals von England aus verbreiteten falschen Nachrichten über eine deutsche Mobilmachung gegen Polen, die ebenso unrichtigen Behauptungen über deutsche Angriffsabsichten gegenüber Ungarn und Rumänien und endlich die Polen zugesicherte Garantie Englands und Frankreichs die Polnische Regierung dazu ermutigt hätten, nicht nur das deutsche Angebot abzulehnen, sondern eine Welle von Terrorakten gegen die deutsche Volksgruppe in Polen zu entfesseln und Danzig wirtschaftlich abzudrosseln. Zugleich erklärte der Führer, daß Deutschland sich durch keine wie auch immer gearteten Einschüchterungsversuche davon abbringen lassen werde, für die Wahrung seiner Lebensrechte einzutreten (Anlage 7).

3. Obwohl das erwähnte Schreiben des Britischen Ministerpräsidenten vom 22. August und ebenso auch die am folgenden Tage von den britischen Staatsmännern gehaltenen Reden jedes Verständnis für den deutschen Standpunkt vermissen ließen, entschloß sich der Führer doch, noch einen neuen Versuch zu machen, um mit England zu einer Verständigung zu gelangen. Er empfing am 25. August den Britischen Botschafter, legte ihm noch einmal in aller Offenheit seine Auffassung über die Lage dar und teilte ihm die Grundlinien einer umfassenden, auf weite Sicht bemessenen Verständigung zwischen Deutschland und England mit, die er nach Bereinigung des Danzig- und Korridorproblems der Britischen Regierung anbieten werde (Anlage 8).

4. Während die Britische Regierung über die vorstehende Mitteilung des Führers beriet, fand ein Briefaustausch zwischen dem Französischen Ministerpräsidenten Daladier und dem Führer statt. Der Führer begründete in seiner Antwort wiederum ausführlich den deutschen Standpunkt in der deutsch-polnischen Frage und wiederholte noch einmal seinen festen Entschluß, die gegenwärtige deutsch-französische Grenze als endgültig anzuerkennen (Anlagen 9 und 10).

5. In ihrer am 28. August abends übergebenen Antwort auf den Schritt des Führers vom 25. August gab die Britische Regierung ihre Bereitschaft zu erkennen, auf den Gedanken einer Neugestaltung der deutsch-englischen Beziehungen einzugehen. Ferner teilte sie mit, daß sie von der Polnischen Regierung die bestimmte Zusicherung erhalten habe, mit der Reichsregierung in direkte Verhandlungen über die deutsch-polnischen Fragen einzutreten. Dabei wiederholte sie, daß nach ihrer Auffassung ein deutsch-polnisches Abkommen durch internationale Garantien gesichert werden müsse (Anlage 11). Trotz der schweren Bedenken, die sich aus dem ganzen bisherigen Verhalten Polens ergaben, und trotz der berechtigten Zweifel an einer aufrichtigen Bereitschaft der Polnischen Regierung zur unmittelbaren Verständigung nahm der Führer in seiner dem Britischen Botschafter am 29. August nachmittags übergebenen Antwort den britischen Vorschlag an und erklärte, daß die Reichsregierung mit dem Eintreffen einer mit allen Vollmachten versehenen polnischen Persönlichkeit am 30. August rechne. Zugleich kündigte der Führer an, daß die Reichsregierung die Vorschläge einer für sie akzeptablen Lösung sofort auszuarbeiten und

diese, wenn möglich, bis zur Ankunft des polnischen Unterhändlers auch der Britischen Regierung zur Verfügung stellen werde (Anlage 12).

6. Während des 30. August traf in Berlin weder ein polnischer bevollmächtigter Unterhändler noch auch eine Mitteilung der Britischen Regierung über die von ihr unternommenen Schritte ein. Dagegen erhielt die Reichsregierung an diesem Tage die Nachricht von der Anordnung der allgemeinen polnischen Mobilmachung (Anlage 13). Erst um Mitternacht übergab der Britische Botschafter ein neues Memorandum, das indes keinerlei sachlichen Fortschritt in der Behandlung der deutsch-polnischen Fragen aufwies, sondern sich auf die Mitteilung beschränkte, daß die Antwort des Führers vom vorhergehenden Tage der Polnischen Regierung übermittelt werden solle und daß die Britische Regierung es für untunlich halte, die deutsch-polnische Fühlungnahme schon am 30. August herzustellen (Anlage 14).

7. Obwohl durch das Ausbleiben des polnischen Unterhändlers die Voraussetzung dafür entfallen war, der Britischen Regierung noch Kenntnis von der Auffassung der Reichsregierung über die möglichen Verhandlungsunterlagen zu geben, wurden dem Britischen Botschafter gelegentlich der Übergabe des letzterwähnten britischen Memorandums doch die Vorschläge mitgeteilt, die inzwischen von der Reichsregierung ausgearbeitet worden waren, und noch im einzelnen erläutert. Die Reichsregierung erwartete, daß nun wenigstens nachträglich die Benennung eines polnischen Bevollmächtigten erfolgen würde. Anstatt dessen gab am 31. August nachmittags der Polnische Botschafter in Berlin gegenüber dem Reichsaußenminister eine mündliche Erklärung des Inhalts ab, die Polnische Regierung habe in der vorausgegangenen Nacht von der Britischen Regierung die Nachricht von der Möglichkeit einer direkten Aussprache zwischen der Reichsregierung und der Polnischen Regierung erhalten und erwäge die britische Anregung in günstigem Sinne. Auf die ausdrückliche Frage des Reichsaußenministers, ob er befugt sei, mit ihm über die deutschen Vorschläge zu verhandeln, erklärte der Botschafter, daß er dazu nicht ermächtigt sei, sondern lediglich den Auftrag habe, die vorstehende mündliche Erklärung abzugeben. Auch die weitere Frage des Reichsaußenministers, ob der Botschafter mit ihm die Angelegenheit sonst sachlich diskutieren könne, verneinte der Botschafter ausdrücklich.

8. Die Reichsregierung mußte somit feststellen, daß sie zwei Tage vergeblich auf einen polnischen Bevollmächtigten gewartet hatte. Sie gab am 31. August abends die deutschen Vorschläge mit einer kurzen Darstellung ihrer Vorgeschichte öffentlich bekannt (Anlage 15). Diese Vorschläge wurden vom polnischen Rundfunk als unannehmbar bezeichnet (Anlage 16).

9. Nachdem somit alle Möglichkeiten zu einer friedlichen Regelung der deutsch-polnischen Krise erschöpft waren, sah sich der Führer genötigt, die von Polen schon seit langem gegenüber Danzig, dem Deutschtum in Polen und schließlich gegenüber Deutschland durch zahlreiche Grenzverletzungen angewandte Gewalt mit Gewalt abzuwehren (Anlage 17).

10. Am Abend des 1. September überreichten die Botschafter Großbritanniens und Frankreichs dem Reichsaußenminister zwei gleichlautende Noten, in denen sie Deutschland die Zurückziehung der deutschen Truppen vom polnischen Gebiet forderten und erklärten, daß ihre Regierung bei Ablehnung dieser Forderungen unverzüglich ihre vertraglichen Pflichten gegenüber Polen erfüllen würden (Anlagen 18 und 19).

Der Reichsaußenminister erwiderte beiden Botschaftern, daß Deutschland die in den Noten zum Ausdruck gebrachte Ansicht des Vorliegens eines deutschen Angriffes gegen Polen ablehnen müsse.

11. Um die durch diese Noten in bedrohliche Nähe gerückte Kriegsgefahr zu bannen, machte der Duce einen Vorschlag, der einen Waffenstillstand und eine anschließende Konferenz zur Lösung des deutsch-polnischen Konflikts vorsah (Anlage 20). Dieser Vorschlag wurde von der Deutschen und der Französischen Regierung positiv beantwortet, von der Britischen Regierung indessen abgelehnt (Anlagen 21 und 22). Dies ergab sich schon aus den Reden, die der Britische Premierminister und der Britische Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten am 2. September nachmittags im Britischen Parlament hielten, und wurde dem Reichsaußenminister vom Italienischen Botschafter am 2. September abends mitgeteilt. Damit war auch nach Auffassung der Italienischen Regierung die Initiative des Duce durch England zu Fall gebracht.

12. Am 3. September, vormittags 9 Uhr, erschien der Britische Botschafter im Auswärtigen Amt und überreichte eine Note, in der die Britische Regierung mit zweistündiger Befristung die Forderung auf Zurückziehung der deutschen Truppen wiederholte und sich für den Fall der Ablehnung nach Ablauf dieser Zeit als im Krieg mit Deutschland befindlich erklärte (Anlage 23). Der Britische Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten richtete am 3. September 1939, vormittags 11.15 Uhr, an den deutschen Geschäftsträger in London eine Note, in der er diesen davon unterrichtete, daß ein Kriegszustand zwischen den beiden Ländern, von 11 Uhr vormittags den 3. September an gerechnet, bestehe (Anlage 24).

Am gleichen Tage um 11.30 Uhr vormittags händigte der Reichsaußenminister dem Britischen Botschafter in Berlin ein Memorandum der Reichsregierung aus, in dem die Ablehnung der ultimativen Forderungen der britischen Regierung ausgesprochen und nachgewiesen wurde, daß die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges allein bei der Britischen Regierung liege (Anlage 25).

Am 3. September mittags suchte der Französische Botschafter in Berlin den Reichsaußenminister auf und fragte, ob die Reichsregierung in der Lage sei, die von der Französischen Regierung in ihrer Note vom 1. September gestellte Frage befriedigend zu beantworten. Der Reichsaußenminister erwiderte dem Botschafter, daß nach der Überreichung der englischen und französischen Note vom 1. September der Italienische Regierungschef einen neuen Vermittlungsvorschlag gemacht habe, und zwar mit dem Bemerken, daß die Französische Regierung diesem Vorschlag zustimme. Die Reichsregierung habe dem Duce am Vortage geantwortet, daß sie ebenfalls bereit sei, den Vorschlag anzunehmen. Darauf habe jedoch später am Tage der Duce mitgeteilt, daß sein Vorschlag an der Intransigenz der Britischen Regierung gescheitert sei. Die Britische Regierung habe vor mehreren Stunden eine auf zwei Stunden befristete ultimative Forderung an Deutschland gestellt, die deutscherseits durch ein Memorandum abgelehnt worden sei, das er, der Reichsaußenminister, dem Französischen Botschafter zur Kenntnis übergebe. Wenn die Haltung Frankreichs gegenüber Deutschland durch dieselben Erwägungen bestimmt werden sollte, wie die Haltung der Britischen Regierung, so könne die Reichsregierung das nur bedauern. Deutschland habe immer einen Ausgleich mit Frankreich gesucht. Sollte die Französische Regierung trotzdem auf Grund ihrer Verpflichtung gegenüber Polen eine feindliche Haltung gegen Deutschland einnehmen, so würde das deutsche Volk dies als einen durch nichts gerechtfertigten Angriffskrieg Frankreichs gegen das Reich ansehen. Der Französische Botschafter erwiderte, er entnehme den Ausführungen des Reichsaußenministers, daß die Reichsregierung nicht in der Lage sei, auf die französische Note vom 1. September eine befriedigende Antwort zu geben. Unter diesen Umständen habe er die unangenehme Pflicht, der Reichsregierung mitzuteilen, daß die Französische Regierung gezwungen sei, vom 3. September 5 Uhr nachmittags an, ihre Polen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Gleichzeitig übergab der Französische Botschafter eine entsprechende schriftliche Mitteilung

(vgl. Anlage 26). Der Reichsaußenminister erklärte daraufhin, daß die Französische Regierung die volle Verantwortung für die Leiden trage, die den Völkern zugefügt werden würde, wenn Frankreich Deutschland angreife.

II. Anlagen

1. Erste Note des Diplomatischen Vertreters der Republik Polen in der Freien Stadt Danzig an den Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig vom 4. August 1939

(Übersetzung)

Danzig, den 4. August 1939.

An den

Herrn Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig,

Arthut Greiser, Danzig.

Ich habe erfahren, daß die lokalen Danziger Zollbehörden an den Grenzstellen zwischen der Freien Stadt Danzig und Ostpreußen sich an die polnischen Zollinspektoren mit der in ihrer Art beispiellosen Erklärung gewandt haben, daß die Danziger Ausführungsorgane beabsichtigen, sich vom 6. August um 7 Uhr ab der Ausübung der Kontrollfunktionen durch einen gewissen Teil der polnischen Inspektoren zu widersetzen, welche Funktionen sich aus den Rechten der Polnischen Regierung an der Zollgrenze ergeben.

Ich bin überzeugt, daß dieses Vorgehen der lokalen Organe entweder einem Mißverständnis oder auf einer irrigen Auslegung der Instruktion des Senats der Freien Stadt Danzig beruht.

Ich zweifle nicht, daß Sie, Herr Präsident des Senats, keinen Zweifel darüber hegen, daß eine derartige Antastung der fundamentalen Rechte Polens unter keinem Vorwand von der Polnischen Regierung geduldet wird.

Ich erwarte Ihre zugesicherte Antwort, daß Sie Anordnungen erlassen haben, die das Vorgehen Ihrer Untergebenen annullieren, spätestens bis zum 5. August um 18 Uhr.

Angesichts der Tatsache, daß das erwähnte Vorgehen an einer Reihe von Grenzstellen stattgefunden hat, bin ich gezwungen, Sie, Herr Präsident des Senats, zu warnen, daß alle polnischen Zollinspektoren den Befehl erhalten haben, ihren Dienst in Uniform und mit der Waffe am 6. August d.J. und den nachfolgenden Tagen an allen Grenzpunkten auszuüben, die sie für die Kontrolle als notwendig erachten. Alle Versuche, ihnen die Ausübung des Dienstes zu erschweren, alle Überfälle oder Interventionen der Polizeibehörden wird die Polnische Regierung als einen Gewaltakt gegen die amtlich Bediensteten des Polnischen Staates während der Ausübung ihres Dienstes betrachten. Falls die obenerwähnten Mißbräuche angewandt werden sollten, wird die Polnische Regierung unverzüglich Vergeltung (Retorsion) gegen die Freie Stadt anwenden, für die die Verantwortung ausschließlich auf den Senat der Freien Stadt fällt.

Ich hoffe, bis zu der erwähnten Zeit eine zufriedenstellende Aufklärung zu erhalten.

gez. **Chodacki**

Diplomatischer Vertreter der Republik Polen

---

2. Zweite Note des Diplomatischen Vertreters der Republik Polen an den Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig vom 4. August 1939

(Übersetzung)

Danzig, den 4. August 1939.

Herr Präsident des Senats.

Die Polnische Regierung gibt ihrer Verwunderung Ausdruck, daß der Senat bei der Beantwortung einer so einfachen Angelegenheit technische Schwierigkeiten hat. Im Interesse der Vermeidung drohender Folgen nehme ich einstweilen zur Kenntnis, daß keine Gewaltakte gegen unsere Zollinspektoren erfolgen werden und daß sie ihre Funktionen werden normal ausüben können. Ich bestätige jedoch, daß die in meiner Note vom 4.8. - 23.40 Uhr - enthaltenen Warnungen in Kraft bleiben.

Genehmigen Sie ......

gez. **Chodacki**

An

Seine Exzellenz Herrn Arthur Greiser, Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig.

---

3. Antwortnote des Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig an den Diplomatischen Vertreter der Republik Polen vom 7. August 1939

Danzig, den 7. August 1939.

Seiner Exzellenz

dem Diplomatischen Vertreter der Republik Polen,

Herrn Chodacki, bevollm. Minister,

Danzig.

Herr Minister,

Auf Ihre beiden Schreiben, datiert vom 4.d.M., von denen das zweite am 5. August zugestellt wurde, muß ich Ihnen mein Erstaunen darüber zum Ausdruck bringen, daß Sie ein völlig unkontrolliertes Gerücht zum Anlaß nehmen, der Danziger Regierung ein kurzfristiges Ultimatum der Polnischen Regierung zu übersenden und damit in dieser politisch bewegten Zeit grundlos Gefahren heraufbeschwören, deren Auswirkung unübersehbares Unheil anrichten kann. Die plötzliche Anordnung der Polnischen Regierung, daß a l l e polnischen Zollinspektoren ihren Dienst in Uniform und mit Waffe auszuüben haben, verstößt gegen die vertragliche Abmachung und kann nur als eine beabsichtigte Provokation aufgefaßt werden, um Zwischenfälle und Gewaltakte bedenklichster Art herbeizuführen.

Nach den von mir inzwischen getroffenen Feststellungen, von denen ich Ihnen sogleich am Sonnabend, dem 5.d.M. vormittags, telefonisch Mitteilung machte, ist von keiner Stelle, insbesondere von keiner Dienststelle des Landeszollamts der Freien Stadt Danzig, eine Anordnung des Inhalts gegeben worden, daß die Danziger Ausführungsorgane sich vom 6. August, 7 Uhr früh ab, der Ausübung der Kontrollfunktionen durch einen gewissen Teil der polnischen Zollinspektoren zu widersetzen haben. Ich verweise außerdem auf mein Schreiben vom 3. Juni d.J., in dem ich bereits das Verhältnis der Danziger Zollbeamtenschaft zu den polnischen Zollinspektoren an der Grenze genau präjudizierte.

Die Danziger Regierung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von der Polnischen Regierung angedrohten Retorsionen, die sie als völlig unzulässige Drohung ansieht und deren Folgen allein auf die Polnische Regierung zurückfallen.

Genehmigen Sie, ...

gez.**Greiser**

---

4. Mitteilung des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt an den Polnischen Geschäftsträger in Berlin vom 9. August 1939

Die Reichsregierung hat mit großem Befremden von der Note der Polnischen Regierung an den Senat der Freien Stadt Danzig Kenntnis erhalten, in der die Zurücknahme einer angeblich - auf unwahren Gerüchten beruhenden - Anordnung des Senats zwecks Verhinderung der polnischen Zollinspektoren an der Ausübung ihres Dienstes, die in Wirklichkeit von dem Senat der Freien Stadt gar nicht erlassen war, in ultimativer Form gefordert wurde. Im Falle einer Weigerung wurden Vergeltungsmaßnahmen gegen die Freie Stadt Danzig angedroht.

Die Reichsregierung sieht sich veranlaßt, die Polnische Regierung darauf hinzuweisen, daß eine Wiederholung solcher ultimativer Forderungen an die Freie Stadt Danzig und die Androhung von Vergeltungsmaßnahmen eine Verschärfung in den deutsch-polnischen Beziehungen herbeiführen würde, für deren Folgen die Verantwortung ausschließlich auf die Polnische Regierung fallen würde und für die die Reichsregierung schon jetzt jede Verantwortung ablehnen muß.

Die Reichsregierung lenkt fernerhin die Aufmerksamkeit der Polnischen Regierung auf die Tatsache, daß die von der Polnischen Regierung getroffenen Maßnahmen zur Verhinderung der Einfuhr gewisser Waren aus der Freien Stadt Danzig nach Polen geeignet sind, schwere wirtschaftliche Schädigungen für die Bevölkerung Danzigs hervorzurufen.

Sollte die Polnische Regierung auf der Aufrechterhaltung derartiger Maßnahmen beharren, so bliebe nach Auffassung der Reichsregierung nach Lage der Dinge der Freien Stadt Danzig keine andere Wahl, als sich nach anderen Ausfuhr- und damit auch Einfuhrmöglichkeiten umzusehen.

---

5. Mitteilung des Unterstaatssekretärs im Polnischen Außenministerium an den Deutschen Geschäftsträger in Warschau vom 10. August 1939

(Übersetzung)

Die Regierung der Republik Polen hat mit lebhaftester Überraschung von der Erklärung Kenntnis genommen, die der Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt dem Geschäftsträger Polens a i. in Berlin am 9. August 1939 über die zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig bestehenden Beziehungen gemacht hat. Die Polnische Regierung kann tatsächlich keine juristische Grundlage erkennen, die eine Einmischung Deutschlands in die vorgenannten Beziehungen rechtfertigen könnte.

Wenn über das Danziger Problem zwischen der Polnischen Regierung und der Reichsregierung Meinungsaustausche stattgefunden haben, so war dies allein in dem guten Willen der Polnischen Regierung begründet und ergab sich keineswegs aus irgendwelcher Verpflichtung.

In Beantwortung der vorgenannten Erklärung der Reichsregierung ist die Polnische Regierung gezwungen, die Deutsche Reichsregierung darauf hinzuweisen, daß sie wie bisher auch in Zukunft gegen jeden Versuch der Behörden der Freien Stadt, die Rechte und Interessen in Frage zu stellen, die Polen auf Grund seiner Abkommen in Danzig besitzt, vorgehen wird, und zwar durch Mittel und Maßnahmen, die sie allein für angebracht hält, und daß sie eventuelle Einmischungen der Reichsregierung zum Schaden dieser Rechte und Interessen als Angriffshandlung ansehen wird.

---

6. Schreiben des Britischen Premierministers an den Führer vom 22. August 1939

(Übersetzung)

London, den 22. August 1939.

Euer Exzellenz!

Euer Exzellenz werden bereits von gewissen Maßnahmen Kenntnis erhalten haben, die von Seiner Majestät Regierung getroffen und heute abend in der Presse und im Rundfunk bekanntgegeben wurden.

Diese Maßnahmen sind nach Ansicht Seiner Majestät Regierung notwendig geworden durch Truppenbewegungen, über die aus Deutschland berichtet worden ist, und durch die Tatsache, daß anscheinend die Ankündigung eines deutsch-sowjetischen Abkommens in gewissen Kreisen in Berlin als Anzeichen dafür aufgefaßt wird, daß eine Intervention seitens

Großbritanniens zugunsten Polens nicht mehr eine Eventualität darstellt, mit der zu rechnen notwendig ist. Kein größerer Fehler könnte begangen werden. Welcher Art auch immer das deutsch-sowjetische Abkommen sein wird, so kann es nicht Großbritanniens Verpflichtung gegenüber Polen ändern, wie Seiner Majestät Regierung wiederholt öffentlich und klar dargelegt hat, und diese entschlossen ist, zu erfüllen.

Es ist behauptet worden, daß, wenn Seiner Majestät Regierung ihren Standpunkt im Jahre 1914 klarer dargelegt hätte, jene große Katastrophe vermieden worden wäre. Unabhängig davon, ob dieser Behauptung Bedeutung beizulegen ist oder nicht, ist Seiner Majestät Regierung entschlossen, dafür zu sorgen, daß im vorliegenden Falle kein solch tragisches Mißverständnis entsteht.

Nötigenfalls ist Seiner Majestät Regierung entschlossen und bereit, alle ihr zur Verfügung stehenden Kräfte unverzüglich einzusetzen, und es ist unmöglich, das Ende einmal begonnener Feindseligkeiten abzusehen. Es würde eine gefährliche Täuschung sein, zu glauben, daß ein einmal begonnener Krieg frühzeitig enden würde, selbst wenn ein Erfolg auf einer der verschiedenen Fronten, an denen er geführt werden wird, erzielt worden sein sollte.

Nachdem unser Standpunkt auf diese Weise vollkommen klar dargelegt ist, möchte ich Euer Exzellenz wiederholt meine Überzeugung dahingehend zum Ausdruck bringen, daß Krieg zwischen unseren beiden Völkern die größte Katastrophe darstellen würde, die überhaupt eintreten könnte. Ich bin überzeugt, daß weder unser Volk noch das Ihrige einen Krieg wünscht, und ich kann nicht ersehen, daß die zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen irgend etwas enthalten, das nicht ohne Gewalt gelöst werden könnte und sollte, wenn nur ein Zustand des Vertrauens wiederhergestellt werden könnte, der es ermöglichen würde, Verhandlungen in einer besseren als der heute bestehenden Atmosphäre zu führen.

Wir sind immer bereit gewesen, und werden es auch stets sein, zu der Schaffung von Bedingungen beizutragen, in denen solche Verhandlungen stattfinden können, und in denen es möglich sein würde, gleichzeitig jene größeren, zukünftige internationale Beziehungen berührende Probleme zu erörtern, einschließlich die uns und Euer Exzellenz interessierenden Angelegenheiten.

In dem heute bestehenden Spannungszustande nehmen jedoch die Schwierigkeiten zu, die friedlichen Verhandlungen im Wege stehen, und je länger diese Spannung aufrechterhalten wird, desto schwerer wird sich Vernunft durchsetzen können.

Diese Schwierigkeiten könnten jedoch gemildert, wenn nicht beseitigt werden, wenn über einen anfänglichen Zeitraum auf beiden Seiten - und überhaupt auf allen Seiten - eine Pause eingehalten werden könnte, in der Pressepolemik und jedwede Aufreizung einzustellen sei.

Wenn eine solche Pause herbeigeführt werden könnte, dann dürfte Grund zu der Hoffnung bestehen, daß, nach Ablauf dieses Zeitraums, in dem Schritte unternommen werden könnten, um die von beiden Seiten erhobenen Beschwerden bezüglich der Behandlung von Minderheiten zu untersuchen und in Angriff zu nehmen, geeignete Bedingungen geschaffen sein würden für die Aufnahme von direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über die zwischen ihnen bestehenden Fragen (unter Mitwirkung eines neutralen Vermittlers, sollten beide Parteien dies für zweckmäßig erachten).

Ich fühle mich jedoch verpflichtet, zu sagen, daß nur eine geringe Hoffnung bestehen würde, solche Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen, wenn es nicht von

Anfang feststünde, daß ein zu erreichendes Abkommen bei seinem Abschluß von anderen Mächten garantiert werden würde. Seiner Majestät Regierung würde bereit sein, wenn der Wunsch dazu ausgesprochen werden sollte, zu der wirksamen Durchführung solcher Garantien nach ihrem Vermögen beizutragen.

In diesem Augenblick gestehe ich, daß ich keinen anderen Weg sehe, eine Katastrophe zu vermeiden, die Europa in den Krieg führen wird.

Im Hinblick auf die schweren Folgen für die Menschheit, die aus einer Handlung ihrer Herrscher entstehen können, vertraue ich darauf, daß Euer Exzellenz mit tiefster Überlegung die Ihnen von mir dargelegten Gesichtspunkte abwägen werden.

gez. **Neville Chamberlain**

---

7. Antwortschreiben des Führers an den Britischen Premierminister vom 23. August 1939

Den 23. August 1939.

Euer Exzellenz!

Der Königlich Britische Botschafter hat mir soeben ein Schreiben überreicht, in dem Eure Exzellenz namens der Britischen Regierung auf eine Reihe von Punkten hinweisen, die Ihrer Auffassung nach von größter Wichtigkeit seien.

Ich darf dieses Ihr Schreiben wie folgt beantworten:

1. Deutschland hat niemals Konflikte mit England gesucht und sich nie in englische Interessen eingemischt. Es hat sich im Gegenteil - wenn auch leider vergebens - jahrelang bemüht, die englische Freundschaft zu erwerben. Es hat aus diesem Grunde freiwillige Begrenzungen seiner eigenen Interessen in einem großen Gebiet Europas vorgenommen, die ansonst nationalpolitisch nur sehr schwer tragbar wären.

2. Das Deutsche Reich besitzt aber - wie jeder andere Staat - bestimmte Interessen, auf die Verzicht zu leisten unmöglich ist. Sie liegen nicht außerhalb des Rahmens der durch die frühere deutsche Geschichte gegebenen und durch die wirtschaftliche Lebensvoraussetzungen bedingten Notwendigkeiten. Einige dieser Fragen besaßen und besitzen zugleich eine nationalpolitisch und psychologisch für jede Deutsche Regierung zwingende Bedeutung.

Zu ihnen gehören die deutsche Stadt Danzig und das damit im Zusammenhang stehende Problem des Korridors. Zahlreiche Staatsmänner, Geschichtsforscher und Literaten, auch in England, waren sich wenigstens noch vor wenigen Jahren dessen bewußt. Hinzufügen möchte ich noch, daß alle diese Gebiete, die in der vorher erwähnten deutschen Interessensphäre liegen, und insbesondere die seit 18 Monaten zum Reich zurückgekehrten Länder ihre kulturelle Erschließung nicht durch Engländer, sondern ausschließlich durch Deutsche erhalten haben, und zwar zum Teil schon in und seit einer Zeit, die über tausend Jahre zurückliegt.

3. Deutschland war bereit, die Frage Danzig und die des Korridors durch einen wahrhaft einmalig großzügigen Vorschlag auf dem Wege der Verhandlungen zu lösen. Die von England ausgestreuten Behauptungen über eine deutsche Mobilmachung gegenüber Polen, die Behauptung von Aggressionsbestrebungen gegenüber Rumänien, Ungarn usw., sowie die später abgegebenen sogenannten Garantieerklärungen hatten die Geneigtheit der Polen zu Verhandlungen auf einer solchen für Deutschland tragbaren Basis beseitigt.

4. Die von England Polen gegebene Generalzusicherung, ihm unter allen Umständen beizustehen, ganz gleich, aus welchen Ursachen ein Konflikt entstehen könnte, konnte in diesem Lande nur als eine Ermunterung aufgefaßt werden, nunmehr - gedeckt durch einen solchen Freibrief - eine Welle furchtbaren Terrors gegen die 1 1/2 Millionen zählende deutsche Bevölkerung, die in Polen lebt, anlaufen zu lassen. Die Greuel, die seitdem dort stattfinden, sind für die Betroffenen entsetzlich, für das dabei zusehen sollende Deutsche Reich als Großmacht unerträglich. Der Freien Stadt Danzig gegenüber hat Polen zahlreiche Rechtsverletzungen begangen, Forderungen ultimativen Charakters geschickt und mit der wirtschaftlichen Abdrosselung begonnen.

5. Die Deutsche Reichsregierung hat der Polnischen Regierung nun vor kurzem mitteilen lassen, daß sie nicht gewillt ist, diese Entwicklung stillschweigend hinzunehmen, daß sie nicht dulden wird, daß weitere ultimative Noten an Danzig gerichtet werden, daß sie nicht dulden wird, daß man die Verfolgungen des deutschen Elements fortsetzt, daß sie ebenso nicht dulden wird, durch wirtschaftliche Maßnahmen die Freie Stadt Danzig umzubringen, das heißt,, durch eine Art Zollblockade der Danziger Bevölkerung die Lebensgrundlage zu vernichten, und daß sie auch nicht dulden wird, daß sich sonstige weitere Provokationsakte gegen das Reich ereignen. Unabhängig davon müssen und werden die Fragen des Korridors und von Danzig ihre Lösung finden.

6. Sie teilen mir, Exzellenz, im Namen der Britischen Regierung mit, daß Sie in jedem solchen Fall des Einschreitens Deutschlands gezwungen sein werden, Polen Beistand zu leisten. Ich nehme diese Erklärung zur Kenntnis und versichere Ihnen, daß sie keine Änderung in die Entschlossenheit der Reichsregierung bringen kann, die Interessen des Reiches in dem in Punkt 5 mitgeteilten Sinn wahrzunehmen. Ihre Versicherung, daß Sie in einem solchen Fall an einen langen Krieg glauben, teile ich ebenfalls. Deutschland ist - wenn es von England angegriffen wird - darauf vorbereitet und dazu entschlossen. Ich habe schon öfters als einmal vor dem Deutschen Volk und der Welt erklärt, daß es über den Willen des neuen Reiches keinen Zweifel geben könne, lieber jede Not und jedes Unglück und auf jede Zeit auf sich zu nehmen, als seine nationalen Interessen oder gar seine Ehre preiszugeben.

7. Die Deutsche Reichsregierung hat Kenntnis davon bekommen, daß die Britische Regierung beabsichtigt, Mobilmachungsmaßnahmen durchzuführen, deren eindeutiger Charakter als nur gegen Deutschland gerichtet, nach den eigenen Erklärungen in Ihrem Schreiben an mich, Herr Ministerpräsident, feststeht. Dies soll auch für Frankreich zutreffen. Da Deutschland niemals die Absicht hatte, sei es gegen England oder gegen Frankreich, militärische Maßnahmen außer solchen defensiver Natur zu treffen, und - wie schon betont - nie beabsichtigte und auch für die Zukunft nicht beabsichtigt, England oder Frankreich anzugreifen, kann es sich in dieser Ankündigung, wie Sie sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrem Schreiben mir bestätigen, nur um einen in Aussicht genommenen Akt der Bedrohung des Reiches handeln. Ich teile daher Euer Exzellenz mit, daß ich im Falle des Eintreffens dieser militärischen Ankündigungen die sofortige Mobilmachung der deutschen Wehrmacht anordnen werde.

8. Die Frage der Behandlung der europäischen Probleme im friedlichen Sinn kann nicht von Deutschland entschieden werden, sondern in erster Linie von jenen, die sich seit dem Verbrechen des Versailler Diktats jeder friedlichen Revision beharrlich und konsequent widersetzt haben. Erst nach der Änderung der Gesinnung der dafür verantwortlichen Mächte kann auch eine Änderung des Verhältnisses zwischen England und Deutschland in einem positiven Sinne eintreten. Ich habe Zeit meines Lebens für eine deutsch-englische Freundschaft gekämpft, bin aber durch das Verhalten der britischen Diplomatie - wenigstens bisher - von der Zwecklosigkeit eines solchen Versuches überzeugt worden. Wenn sich dies in der Zukunft ändern würde, könnte niemand glücklicher sein als ich.

gez. **Adolf Hitler**

---

8. Erklärung des Führers gegenüber dem Britischen Botschafter vom 25. August 1939, mittags 13.30 Uhr

Der Führer erklärte einleitend, daß der Britische Botschafter am Schluß der letzten Unterredung der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, daß doch noch eine Verständigung zwischen Deutschland und England möglich sein wird. Er, der Führer, habe sich daraufhin die Dinge noch einmal durch den Kopf gehen lassen und wolle heute England gegenüber einen Schritt unternehmen, der genau so entscheidend sei wie der Schritt Rußland gegenüber, der zu der kürzlichen Vereinbarung geführt habe.

Auch die gestrige Unterhaussitzung bzw. die Reden Chamberlains und Lord Halifax` hätten dem Führer veranlaßt, noch einmal mit dem Britischen Botschafter zu sprechen. Die Behauptung, daß Deutschland die Welt erobern wolle, ist lächerlich. Das Britische Imperium umfaßt 40 Millionen qkm, Rußland 19 Mill. qkm, Amerika 9 1/2 Mill. qkm, während Deutschland noch nicht 600 000 qkm umfaßt. Wer also die Welt erobern will, ist klar.

Der Führer teilt dem Britischen Botschafter folgendes mit:

1. Die polnischen Akte der Provokation sind unerträglich geworden, gleich, wer verantwortlich ist. Wenn die Polnische Regierung die Verantwortung bestreitet, so beweist das nur, daß sie selbst keinen Einfluß mehr auf ihre militärischen Unterorgane besitze. In der letzten Nacht seien wieder 21 neue Grenzzwischenfälle erfolgt, auf deutscher Seite habe man größte Disziplin gewahrt. Alle Zwischenfälle seien von der polnischen Seite hervorgerufen worden. Außerdem wurden Verkehrsflugzeuge beschossen. Wenn die Polnische Regierung erkläre, nicht verantwortlich dafür zu sein, so beweise dies, daß es ihr nicht mehr möglich sei, ihre eigenen Leute im Zaume zu halten.

2. Deutschland sei unter allen Umständen entschlossen, diese mazedonischen Zustände an seiner Ostgrenze zu beseitigen, und zwar nicht nur im Interesse von Ruhe und Ordnung, sondern auch im Interesse des europäischen Friedens.

3. Das Problem Danzig und Korridor müsse gelöst werden. Der Britische Ministerpräsident habe eine Rede gehalten, die nicht im geringsten geeignet sei, einen Wandel in der deutschen Einstellung herbeizuführen. Aus dieser Rede könne höchstens ein blutiger und unübersehbarer Krieg zwischen Deutschland und England entstehen. Ein solcher Krieg würde blutiger sein als der von 1914 bis 1918. Im Unterschied zu dem letzten Kriege würde Deutschland keinen Zweifrontenkrieg mehr zu führen haben. Das Abkommen mit Rußland sei bedingungslos und

bedeute eine Wende in der Außenpolitik des Reiches auf längste Zeit. Rußland und Deutschland würden unter keinen Umständen mehr die Waffen gegeneinander ergreifen. Davon abgesehen würden die mit Rußland getroffenen Abmachungen Deutschland auch wirtschaftlich für eine längste Kriegsperiode sichern.

Dem Führer habe immer an der deutsch-englischen Verständigung gelegen. Ein Krieg zwischen England und Deutschland könne im günstigsten Fall Deutschland einen Gewinn bringen, England aber überhaupt nicht.

Der Führer erklärt, daß das deutsch-polnische Problem gelöst werden müsse und gelöst werden würde. Er ist aber bereit und entschlossen, nach der Lösung dieses Problems noch einmal an England mit einem großen umfassenden Angebot heranzutreten. Er ist der Mann großer Entschlüsse und wird auch in diesem Fall zu einer großen Handlung fähig sein. Er bejaht das Britische Imperium und ist bereit, sich für dessen Bestand persönlich zu verpflichten und die Kraft des Deutschen Reiches dafür einzusetzen, wenn

1. seine kolonialen Forderungen, die begrenzt sind und auf friedlichem Wege ausgehandelt werden können, Erfüllung finden, wobei er hier zu einer weitesten Terminbestimmung bereit ist,

2. seine Verpflichtungen Italien gegenüber nicht tangiert werden, d.h. mit anderen Worten: er fordert von England nicht die Preisgabe seiner französischen Verpflichtungen, und könne sich seinerseits auch nicht von den italienischen Verpflichtungen entfernen.

3. Er wünscht ebenso den unverrückbaren Entschluß Deutschlands zu betonen, nie mehr mit Rußland in einen Konflikt einzutreten.

Der Führer ist bereit, dann mit England Abmachungen zu treffen, die, wie schon betont, nicht nur die Existenz des Britischen Weltreichs unter allen Umständen deutscherseits garantieren würden, sondern auch, wenn es nötig wäre, dem Britischen Reich die deutsche Hilfe sicherten, ganz gleich, wo immer eine derartige Hilfe erforderlich sein sollte. Der Führer würde dann auch bereit sein, eine vernünftige Begrenzung der Rüstungen zu akzeptieren, die der neuen politischen Lage entsprächen und wirtschaftlich tragbar wären. Endlich versichert der Führer erneut, daß er an den westlichen Problemen nicht interessiert sei und daß eine Grenzkorrektur im Westen außerhalb jeder Erwägung stehe; der mit Milliarden Kosten errichtete Westwall sei die endgültige Reichsgrenze nach Westen.

Wenn die Britische Regierung diese Gedanken erwägen würde, so könnte sich daraus ein Segen für Deutschland und auch für das Britische Weltreich ergeben. Wenn sie diese Gedanken ablehnt, wird es Krieg geben. Auf keinen Fall würde Großbritannien aus diesem Krieg stärker hervorgehen; schon der letzte Krieg habe dies bewiesen.

Der Führer wiederholt, daß er ein Mann großer und ihm selbst verpflichtender Entschlüsse sei und daß dies sein letzter Vorschlag wäre. Er werde sofort nach Lösung der deutsch-polnischen Frage mit einem Angebot an die Britische Regierung herantreten.

---

9. Schreiben des Französischen Ministerpräsidenten an den Führer vom 26. August 1939

(Übersetzung)

Paris, den 26. August 1939

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Der Französische Botschafter in Berlin hat mir Ihre persönliche Mitteilung zur Kenntnis gebracht.

In der Stunde, wo Sie von der schwersten Verantwortung sprechen, die zwei Regierungschefs unter Umständen übernehmen können, das heißt, das Blut von zwei großen Völkern, die sich nur nach Frieden und Arbeit sehnen, zu vergießen, bin ich Ihnen persönlich und unseren beiden Völkern schuldig zu sagen, daß das Schicksal des Friedens noch in Ihren Händen liegt.

Sie können weder an meinen Gefühlen Deutschland gegenüber noch an den friedlichen Gefühlen Frankreichs für Ihre Nation einen Zweifel hegen. Kein Franzose hat mehr als ich selbst getan, um zwischen unseren beiden Völkern nicht nur den Frieden, sondern eine aufrichtige Mitarbeit in ihrem eigenen Interesse, sowie im Interesse Europas und der Welt zu bekräftigen.

Es sei denn, Sie trauen dem französischen Volke einen weniger hohen Begriff der Ehre zu, als ich selber dem deutschen Volke anerkenne, so können Sie nicht bezweifeln, daß Frankreich seine Verpflichtungen anderen Mächten gegenüber treu erfüllt, Mächten, wie zum Beispiel Polen, die, davon bin ich überzeugt, mit Deutschland in Frieden leben wollen.

Diese beiden Überzeugungen sind vollkommen vereinbar.

Bis heute gibt es nichts, das eine friedliche Lösung der internationalen Krise in Ehren und Würden für alle Völker verhindern könnte, wenn auf allen Seiten der gleiche Friedenswille besteht.

Mit dem guten Willen Frankreichs bekunde ich denjenigen aller seiner Verbündeten. Ich übernehme selbst die Garantie für diese Bereitschaft, die Polen immer gezeigt hat für die gegenseitige Anwendung eines Verfahrens des freien Ausgleichs, wie man es sich vorstellen kann zwischen den Regierungen zweier souveränen Nationen. Mit dem besten Gewissen kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß es unter den zwischen Deutschland und Polen mit Bezug auf die Danziger Frage entstandenen Differenzen keine gibt, die nicht einem solchen Verfahren unterbreitet werden könnte zwecks einer friedlichen und gerechten Lösung.

Auf meine Ehre kann ich auch bekunden,daß es in der klaren und aufrichtigen Solidarität Frankreichs mit Polen und seinen Verbündeten nichts gibt, das die friedliche Gesinnung meines Vaterlandes irgendwie beeinträchtigen könnte. Diese Solidarität hat uns niemals daran gehindert und hindert uns auch heute nicht, Polen in dieser friedlichen Gesinnung zu erhalten.

In einer so schweren Stunde glaube ich aufrichtig, daß kein edelgesinnter Mensch es verstehen könnte, daß ein Krieg der Zerstörung unternommen würde, ohne daß ein letzter Versuch einer friedlichen Lösung zwischen Deutschland und Polen stattfindet. Ihr Friedenswille könnte sich in aller Bestimmtheit dafür einsetzen, ohne der deutschen Ehre irgendwie Abbruch zu tun. Ich, als Chef der französischen Regierung, der ich eine gute Harmonie zwischen dem französischen und dem deutschen Volke wünsche, und der ich andererseits durch Freundschaftsbande und durch das gegebene Wort mit Polen verbunden

bin, bin bereit, alle Anstrengungen zu machen, die ein aufrichtiger Mensch unternehmen kann, um diesen Versuch zu einem guten Ende zu führen.

Sie waren wie ich selbst Frontkämpfer im letzten Kriege. Sie wissen wie ich, welche Abscheu und Verurteilung die Verwüstungen des Krieges im Gewissen der Völker hinterlassen haben, ganz gleich wie der Krieg endete. Die Vorstellung, die ich mir von Ihrer hervorragenden Rolle machen kann als Führer des Deutschen Volkes auf dem Wege des Friedens, der Vollendung seiner Aufgabe in dem gemeinsamen Werk der Zivilisation entgegen, führt mich dazu, eine Antwort auf diesen Vorschlag zu erbitten.

Wenn das französische und das deutsche Blut von neuem fließen, wie vor 25 Jahren, in einem noch längeren und mörderischeren Krieg, dann wird jedes der beiden Völker kämpfen im Vertrauen auf seinen eigenen Sieg. Siegen werden am sichersten die Zerstörung und die Barbarei.

gez.**Daladier**

---

10. Antwortschreiben des Führers an den Französischen Ministerpräsidenten vom 27. August 1939

Berlin, den 27. August 1939.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ich verstehe die Bedenken, die Sie aussprechen. Auch ich habe niemals die hohe Verpflichtung übersehen, die denen auferlegt ist, die über das Schicksal der Völker gestellt sind. Als alter Frontsoldat kenne ich wie Sie die Schrecken des Krieges. Aus dieser Gesinnung und Erkenntnis heraus habe ich mich auch ehrlich bemüht, alle Konfliktstoffe zwischen unseren beiden Völkern zu beseitigen. Ich habe dem französischen Volk eins ganz offen versichert, daß die Rückkehr des Saargebietes die Voraussetzung dazu sein würde. Ich habe nach dieser Rückkehr sofort feierlich meinen Verzicht bekräftigt auf irgendwelche weiteren Ansprüche, die Frankreich berühren können. Das deutsche Volk hat diese meine Haltung gebilligt. Wie Sie sich selbst bei Ihrem letzten Hiersein überzeugen konnten, empfand und empfindet es gegen den einstigen tapferen Gegner im Bewußtsein seiner eigenen Haltung keinerlei Groll oder gar Haß. Im Gegenteil. Die Befriedigung unserer Westgrenze führte zu einer steigenden Sympathie, jedenfalls von seiten des deutschen Volkes. Einer Sympathie, die sich bei vielen Anlässen geradezu demonstrativ zeigte. Der Bau der großen Westbefestigungen, der zahlreiche Milliarden verschlang und verschlingt, stellt für Deutschland zugleich ein Dokument der Akzeptierung und Festlegung der endgültigen Reichsgrenze dar. Das deutsche Volk hat damit auf 2 Provinzen Verzicht geleistet, die einst zum alten Deutschen Reich gehörten, später durch viel Blut erobert und endlich mit noch viel mehr Blut verteidigt wurden. Dieser Verzicht stellt, wie Sie mir, Exzellenz, zugeben müssen, keine taktische, nach außen gezeigte Haltung dar, sondern einen Entschluß, der in allen unseren Maßnahmen seine konsequente Erhärtung erfuhr. Sie werden mir, Herr Ministerpräsident, nicht einen Fall nennen können, in dem auch nur durch eine Zeile oder eine Rede gegen diese endgültige Fixierung der deutschen Reichsgrenze nach dem Westen hin verstoßen worden wäre. Ich glaube, durch diesen Verzicht und durch diese Haltung jeden denkbaren Konfliktstoff zwischen unseren beiden Völkern ausgeschaltet zu haben, der zu einer Wiederholung der Tragik von 1914-1918 würde führen können. Diese freiwillige

Begrenzung der deutschen Lebensansprüche im Westen kann aber nicht aufgefaßt werden als eine auch auf allen anderen Gebieten geltende Akzeptierung des Versailler Diktats. Ich habe nun wirklich Jahr für Jahr versucht, die Revision wenigstens der unmöglichsten und untragbarsten Bestimmungen dieses Diktats auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Es war dies unmöglich. Daß die Revision kommen mußte, war zahlreichen einsichtsvollen Männern aus allen Völkern bewußt und klar. Was immer man nun gegen meine Methode anführen kann, was immer man an ihr aussetzen zu müssen glaubt, so darf doch nicht übersehen oder bestritten werden, daß es durch sie möglich wurde, ohne neues Blutvergießen in vielen Fällen nicht nur für Deutschland befriedigende Lösungen zu finden, sondern daß durch die Art des Verfahrens die Staatsmänner anderer Völker von der für sie oft unmöglichen Verpflichtung enthoben wurden, diese Revision vor ihren Völkern verantworten zu müssen; denn immerhin eines werden Eure Exzellenz mir zugeben müssen: Die Revision mußte kommen. Das Versailler Diktat war untragbar. Kein Franzose von Ehre, auch Sie nicht, Herr Daladier, hätte in einer ähnlichen Lage anders gehandelt als ich. Ich habe nun in diesem Sinne auch versucht, die unvernünftigste Maßnahme des Versailler Diktats aus der Welt zu schaffen. Ich habe der Polnischen Regierung ein Angebot gemacht, über das das Deutsche Volk erschrocken ist. Kein anderer als ich konnte es überhaupt wagen, mit einem solchen Angebot vor die Öffentlichkeit zu treten. Es konnte daher auch nur einmalig sein. Ich bin nun zutiefst überzeugt, daß, wenn besonders von England aus damals, statt in der Presse gegen Deutschland eine wilde Campagne loszulassen, Gerüchte von einer deutschen Mobilmachung zu lancieren, Polen irgendwie zugeredet worden wäre, vernünftig zu sein, Europa heute und auf 25 Jahre den Zustand des tiefsten Friedens genießen könnte. So aber wurde erst durch die Lüge von der deutschen Aggression die polnische öffentliche Meinung aufgeregt, der Polnischen Regierung die eigenen notwendigen klaren Entschlüsse erschwert und vor allem durch die dann folgende Abgabe des Garantieversprechens der Blick für die Grenze realer Möglichkeiten getrübt. Die Polnische Regierung lehnte die Vorschläge ab. Die polnische öffentliche Meinung begann in der sicheren Überzeugung, daß ja nun England und Frankreich für Polen kämpfen würden, Forderungen zu erheben, die man vielleicht als lächerliche Verrücktheit bezeichnen könnte, wenn sie nicht so unendlich gefährlich wären. Damals setzte ein unerträglicher Terror, eine physische und wirtschaftliche Drangsalierung der immerhin über 1 1/2 Millionen zählenden Deutschen in dem vom Reich abgetrennten Gebieten ein. Ich will hier nicht über die vorgekommenen Scheußlichkeiten sprechen. Allein auch Danzig wurde mit fortgesetzten Übergriffe polnischer Behörden steigend zum Bewußtsein gebracht, daß es scheinbar rettungslos der Willkür einer dem nationalen Charakter der Stadt und der Bevölkerung fremden Gewalt ausgeliefert ist.

Darf ich mit nun die Frage erlauben, Herr Daladier, wie würden Sie als Franzose handeln, wenn durch irgendeinen unglücklichen Ausgang eines tapferen Kampfes eine Ihrer Provinzen durch einen von einer fremden Macht besetzten Korridor abgetrennt würde, eine große Stadt - sagen wir Marseille - verhindert würde, sich zu Frankreich zu bekennen und die in diesem Gebiete lebenden Franzosen nun verfolgt, geschlagen, mißhandelt, ja bestialisch ermordet würden? Sie sind Franzose, Herr Daladier, und ich weiß daher, wie Sie handeln würden. Ich bin Deutscher. Herr Daladier, zweifeln Sie nicht an meinem Ehrgefühl und an meinem Pflichtbewußtsein, genau so zu handeln. Wenn Sie nun dieses Unglück hätten, das wir besitzen, würden Sie dann, Herr Daladier, verstehen, wenn Deutschland ohne jede Veranlassung dafür eintreten wollte, daß der Korridor durch Frankreich bleibt, daß die geraubten Gebiete nicht zurückkehren dürfen, daß die Rückkehr Marseilles nach Frankreich verboten wird? Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, Herr Daladier, daß Deutschland aus diesem Grunde gegen Sie kämpfen würde, denn ich und alle Welt haben auf Elsaß-Lothringen verzichtet, um ein weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Um so weniger würden wir Blut vergießen, um ein Unrecht aufrechtzuerhalten, das für Sie untragbar sein müßte, wie es für

uns bedeutungslos wäre. Alles, was Sie in Ihrem Brief, Herr Daladier, schreiben, empfinde ich genau so wie Sie. Vielleicht können gerade wir uns als alte Frontsoldaten auf manchen Gebieten am leichtesten verstehen, allein ich bitte Sie, verstehen Sie auch dies: daß es für eine Nation von Ehre unmöglich ist, auf fast 2 Millionen Menschen zu verzichten und sie an seinen eigenen Grenzen mißhandelt zu sehen. Ich habe daher eine klare Forderung aufgestellt: Danzig und der Korridor müssen an Deutschland zurück. Die mazedonischen Zustände an unserer Ostgrenze müssen beseitigt werden. Ich sehe keinen Weg, Polen, das sich ja nun im Schutze seiner Garantien unangreifbar fühlt, hier zu einer friedlichen Lösung bewegen zu können. Ich würde aber an einer ehrenvollen Zukunft meines Volkes zweifeln, wenn wir unter solchen Umständen nicht entschlossen wären, die Frage so oder so zu lösen. Wenn das Schicksal nun dadurch unsere beiden Völker wieder zum Kampfe zwingt, dann würde doch in den Motiven ein Unterschied sein. Ich, Herr Daladier, kämpfe dann mit meinem Volk um die Wiedergutmachung eines uns zugefügten Unrechts, und die anderen um die Beibehaltung desselben. Dies ist um so tragischer, als viele der bedeutendsten Männer Ihres eigenen Volkes den Unsinn der Lösung von 1919 ebenso erkannt haben, wie die Unmöglichkeit seiner dauernden Aufrechterhaltung. Ich bin mir im klaren über die schweren Konsequenzen, die ein solcher Konflikt mit sich bringt. Ich glaube aber, die schwerste würde Polen zu tragen haben, denn ganz gleich, wie auch ein Krieg um diese Frage ausginge, der Polnische Staat von jetzt wäre so oder so verloren.

Daß nun dafür unsere beiden Völker in einem neuen blutigen Vernichtungskrieg eintreten sollen, ist nicht nur für Sie, sondern auch für mich, Herr Daladier, sehr schmerzlich. Ich sehe aber, wie schon bemerkt, von uns aus keine Möglichkeit, auf Polen in einem vernünftigen Sinne einwirken zu können zur Korrektur einer Lage, die für das Deutsche Volk und das Deutsche Reich unerträglich ist.

gez. **Adolf Hitler**

---

11. Dem Führer vom Britischen Botschafter am 28. August 1939, abends 22.30 Uhr, übergebenes Memorandum der Britischen Regierung

(Übersetzung)

Seiner Majestät Regierung hat die ihr vom Herrn Deutschen Reichskanzler durch den Britischen Botschafter in Berlin übermittelte Botschaft empfangen und hat dieselbe mit der ihr gebührenden Sorgfalt geprüft.

1. Seiner Majestät Regierung hat den vom Herrn Reichskanzler zum Ausdruck gebrachten Wunsch, daß Freundschaft die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und dem Britischen Imperium bilden möge, zur Kenntnis genommen, und sie teilt diesen Wunsch voll und ganz. Auch sie glaubt, wie der Herr Reichskanzler, daß, wenn eine vollständige und dauernde Verständigung zwischen diesen zwei Nationen hergestellt werden könnte, es beiden Völkern unermeßlichen Segen bringen würde.

2. Die Botschaft des Herrn Reichskanzlers behandelt zwei Gruppen von Fragen - diejenigen, die gegenwärtig Gegenstand von Differenzen zwischen Deutschland und Polen sind, und diejenigen, die die endgültigen Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien berühren. Im Zusammenhang mit diesen zuletzt genannten Fragen ersieht Seiner Majestät Regierung, daß der Herr Reichskanzler gewisse Vorschläge angedeutet hat, die er unter einer

Bedingung der Britischen Regierung zur Herbeiführung einer allgemeinen Verständigung zu unterbreiten bereit sein würde. Diese Vorschläge sind naturgemäß in sehr allgemeiner Form gehalten und würden eine genauere Definierung erfordern, aber Seiner Majestät Regierung ist voll und ganz bereit, sie mit einigen Zusätzen als Gegenstand von Unterhaltungen anzunehmen, und sie würde bereit sein, wenn die Streitfragen zwischen Deutschland und Polen auf friedlichem Wege beigelegt werden, sobald wie möglich, diesbezügliche Besprechungen einzuleiten mit dem aufrichtigen Wunsche, zu einer Verständigung zu gelangen.

3. Die Bedingung, die der Herr Reichskanzler festlegt, ist, daß eine Lösung der zwischen Deutschland und Polen bestehenden Differenzen vorangehen muß. In dieser Beziehung ist Seiner Majestät Regierung vollkommen gleicher Ansicht. Alles hängt jedoch ab von der Art der Lösung und von der Methode, die zur Erzielung derselben angewandt wird. Zu diesen Punkten, deren Wichtigkeit dem Herrn Reichskanzler gegenwärtig sein wird, ist in seiner Botschaft nichts gesagt, und Seiner Majestät Regierung fühlt sich gezwungen, darauf hinzuweisen, daß eine Verständigung bezüglich dieser beiden Punkte für die Erzielung eines weiteren Fortschrittes unbedingt notwendig ist. Die Deutsche Regierung wird sich dessen bewußt sein, daß Seiner Majestät Regierung gegenüber Polen Verpflichtungen hat, die sie binden und die einzulösen sie beabsichtigt. Sie könnte nicht wegen irgendeines Großbritannien angebotenen Vorteils einer Lösung zustimmen, die die Unabhängigkeit eines Staates gefährden würde, dem sie ihre Garantie gegeben hat.

4. Nach Ansicht Seiner Majestät Regierung könnte und sollte eine vernünftige Lösung der Differenzen zwischen Deutschland und Polen auf dem Wege der Vereinbarung zwischen den beiden Nationen erzielt werden auf einer Grundlage, die die Sicherstellung der wesentlichen Interessen Polens einbeziehen würde, und Seiner Majestät Regierung erinnert sich, daß der Herr Reichskanzler in seiner Rede am 28. April die Wichtigkeit dieser Interessen für Polen anerkannt hat.

Wie jedoch der britische Premierminister in seinem Schreiben vom 22. August an den Herrn Reichskanzler zum Ausdruck brachte, ist es nach Ansicht Seiner Majestät Regierung unerläßlich für den Erfolg der Besprechungen, die der Vereinbarung vorangehen würden, daß es im voraus feststünde, daß ein zu erzielendes Abkommen von anderen Mächten garantiert werden würde. Seiner Majestät Regierung würde bereit sein, wenn der Wunsch dazu ausgesprochen werden würde sollte, zu der wirksamen Durchführung einer solchen Garantie beizutragen.

Nach Ansicht Seiner Majestät Regierung folgt hieraus, daß als nächster Schritt direkte Verhandlungen zwischen der Deutschen und Polnischen Regierung eingeleitet werden sollten auf einer Grundlage, die die obenerwähnten Grundsätze einschließen würde, nämlich die Sicherstellung der unentbehrlichen Interessen Polens und die Sicherstellung des Abkommens durch eine Internationale Garantie. Seiner Majestät Regierung hat bereits eine definitive Zusicherung von der Polnischen Regierung erhalten, daß diese bereit ist, auf dieser Grundlage in Besprechungen einzutreten, und Seiner Majestät Regierung hofft, daß die Deutsche Regierung ihrerseits ebenfalls bereit sein würde, einem solchen Verfahren zuzustimmen.

Wenn, wie Seiner Majestät Regierung hofft, solche Besprechungen zu einer Vereinbarung führen würden, so wäre der Weg offen für Besprechungen über jene breitere und umfassendere Verständigung zwischen Großbritannien und Deutschland, die beide Nationen erstreben.

5. Seiner Majestät Regierung stimmt mit dem Herrn Reichskanzler darin überein, daß. eine der hauptsächlichsten Gefahren in der zwischen Deutschland und Polen bestehenden Lage, in Berichten über die Behandlung der Minderheiten ihren Ursprung hat. Der gegenwärtige Spannungszustand, zusammen mit den ihn begleitenden Grenzzwischenfällen, Berichten über Mißhandlungen und der aufreizenden Propaganda ist eine ständige Gefahr für den Frieden. Es ist offensichtlich eine Frage äußerster Dringlichkeit, daß alle Zwischenfälle dieser Art unverzüglich und mit fester Hand unterdrückt werden, und daß die Verbreitung unbestätigter Gerüchte verhindert wird, um eine Frist zu erlangen, in der ohne Provokation auf beiden Seiten eine eingehende Prüfung der Möglichkeiten einer Lösung unternommen werden könnte. Seiner Majestät Regierung ist überzeugt, daß beide Regierungen sich dieser Erwägung völlig bewußt sind.

6. Seiner Majestät Regierung hat ihre eigene Haltung gegenüber den besonderen zwischen Deutschland und Polen strittigen Angelegenheiten erschöpfend zum Ausdruck gebracht. Sie vertraut darauf, daß der Herr Reichskanzler nicht glauben wird, daß Seiner Majestät Regierung, weil sie ihre Verpflichtung gegenüber Polen genau nimmt, aus diesem Grunde nicht bestrebt ist, ihren ganzen Einfluß für das Zustandekommen einer sowohl Deutschland wie Polen befriedigenden Lösung einzusetzen.

Daß eine solche Lösung erzielt werden sollte, erscheint Seiner Majestät Regierung als unbedingt notwendig, nicht nur aus Gründen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Lösung selbst entstehen, sondern auch wegen der umfassenderen Erwägungen, von denen der Herr Reichskanzler mit solcher Überzeugung gesprochen hat.

7. Es ist unnötig, in der vorliegenden Antwort die Vorteile einer friedlichen Lösung hervorzuheben gegenüber einem Entschluß, die in Frage kommenden Probleme mit Waffengewalt zu lösen. Die Folgen eines Entschlusses, Gewalt zu gebrauchen, sind in dem Schreiben des Premierministers vom 22. August an den Herrn Reichskanzler klar dargelegt worden, und Seiner Majestät Regierung zweifelt nicht daran, daß diese Folgen vom Herrn Reichskanzler genau so klar erkannt werden wie von Seiner Majestät Regierung selbst.

Andererseits glaubt Seiner Majestät Regierung, indem sie mit Interesse den in der Botschaft des Herrn Reichskanzlers enthaltenen Hinweis auf eine Begrenzung der Rüstungen zur Kenntnis nimmt, daß, wenn eine friedliche Lösung erreicht werden kann, die Unterstützung der Welt zuversichtlich vorausgesetzt werden könnte für praktische Maßnahmen, die es ermöglichen würden, den Übergang von einer Vorbereitung zum Kriege auf eine normale Tätigkeit friedlichen Handelns sicher und reibungslos durchzuführen.

8. Eine gerechte Lösung dieser zwischen Deutschland und Polen bestehenden Fragen kann den Weg zum Weltfrieden öffnen. Das Ausbleiben einer solchen Lösung würde die Hoffnung auf eine bessere Verständigung zwischen Deutschland und Großbri-tannien zerschlagen, würde die beiden Nationen in Konflikt bringen und könnte sehr wohl die gesamte Welt in den Krieg stürzen. Ein solches Ergebnis wäre eine Katastrophe ohne Beispiel in der Geschichte.

---

12. Dem Britischen Botschafter am 29. August 1939, nachmittags 18.45 Uhr, übergebene Antwort des Führers an die Britische Regierung

Der Kgl. Britische Botschafter in Berlin hat der Kgl. Britischen Regierung Anregungen vermittelt, die ich vorschlagen zu müssen glaubte, um

1. dem Willen der Reichsregierung nach einer aufrichtigen deutsch-englischen Verständigung, Zusammenarbeit und Freundschaft noch einmal Ausdruck zu geben;

2. keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß eine solche Verständigung nicht erkauft werden könnte mit dem Verzicht auf lebenswichtige Interessen oder gar einer Preisgabe von Forderungen, die ebenso im allgemeinen menschlichen Recht wie in der nationalen Würde und Ehre unseres Volkes begründet sind.

Mit Befriedigung hat die Deutsche Reichsregierung aus den Antwortschreiben der Kgl. Britischen Regierung und den mündlichen Erläuterungen des Kgl. Britischen Botschafters entnommen, daß die Kgl. Britische Regierung auch ihrerseits bereit ist, das deutsch-englische Verhältnis zu bessern, es im Sinne der deutschen Anregungen zu entwickeln und auszubauen.

Die Kgl. Britische Regierung ist dabei ebenfalls überzeugt, daß die Lösung der unerträglich gewordenen deutsch-polnischen Spannung die Voraussetzung für eine Realisierung dieser Hoffnung ist.

Seit dem Herbst des vergangenen Jahres und zuletzt im März 1939 wurden der polnischen Regierung mündlich und schriftlich Vorschläge unterbreitet, die unter Berücksichtigung der damals zwischen Deutschland und Polen bestehenden Freundschaft eine für beide Teile annehmbare Lösung der strittigen Fragen ermöglichen konnten. Es ist der Kgl. Britischen Regierung bekannt, daß die polnische Regierung glaubte, diese Vorschläge im März dieses Jahres endgültig ablehnen zu müssen. Sie hat diese Ablehnung zugleich zum Vorwand oder Anlaß genommen, militärische Maßnahmen zu treffen, die seitdem eine fortgesetzte Steigerung erfuhren. Schon Mitte des vergangenen Monats hat der polnische Staat tatsächlich mobil gemacht. In Verbindung damit haben zahlreiche Übergriffe in der Freien Stadt Danzig stattgefunden, hervorgerufen durch polnische Behörden; mehr oder weniger drohend ultimative Forderungen wurden an die Stadt gerichtet. Die Verhängung einer erst zollpolitisch durchgeführten, nunmehr aber auch militärisch und verkehrstechnisch erweiterten Grenzsperre mit dem Ziel der politischen Zermürbung und wirtschaftlichen Zerstörung dieses deutschen Gemeinwesens fand statt.

Hinzukommen himmelschreiende, barbarische Mißhandlungen und sonstige Verfolgungen der großen deutschen Volksgruppe in Polen, die bis zur Tötung vieler dort lebender Deutschen oder zur Verschleppung unter grausamsten Begleitumständen führten. Diese Zustände sind für eine Großmacht unerträglich. Sie haben Deutschland gezwungen, nach monatelangem Zusehen nunmehr ebenfalls die notwendigen Schritte zur Wahrung der berechtigten deutschen Interessen zu ergreifen. Und die Deutsche Reichsregierung kann der Britischen Regierung nur auf das ernsteste versichern, daß nunmehr jener Zustand erreicht ist, der ein weiteres Hinnehmen oder auch nur Zusehen ausschließt.

Die Forderung der Deutschen Reichsregierung entspricht der von Anfang an notwendig erkannten Revision des Versailler Vertrages in diesem Gebiet; Rückkehr von Danzig und dem Korridor an Deutschland, Sicherung des Lebens der deutschen Volksgruppen in den restlich Polen verbleibenden Gebieten.

Die Deutsche Reichsregierung nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß auch die Kgl. Britische Regierung im grundsätzlichen überzeugt ist, daß die entstandene Lage einer Lösung entgegengeführt werden muß. Sie glaubt weiter annehmen zu dürfen, daß sich auch die Kgl. Britische Regierung keinem Zweifel darüber hingibt, daß es sich hier nicht nur um Zustände handelt, zu deren Beseitigung Tage oder gar Wochen, sondern vielleicht nur Stunden zur

Verfügung stehen. Denn es ist in jedem Augenblick angesichts der desorganisierten Verhältnisse in Polen mit der Möglichkeit des Eintretens von Akten zu rechnen, die hinzunehmen für Deutschland unmöglich sein könnte.

Wenn die Kgl. Britische Regierung noch immer glaubt, daß diese schwerwiegenden Differenzen auf dem Wege direkter Verhandlungen zu lösen seien, so kann die Deutsche Reichsregierung diese Auffassung von vornherein nicht mehr teilen. Denn sie hat es ja versucht, den Weg einer solchen friedlichen Verhandlung einzuleiten, wurde aber dabei von der polnische Regierung nicht unterstützt, sondern durch brüsk eingeleitete Maßnahmen militärischen Charakters im Sinne der schon angedeuteten Entwicklung abgewiesen.

Die Kgl. Britische Regierung sieht 2 Momente als wichtig an:

1. daß durch direkte Verhandlungen schnellstens die vorhandene Gefahr einer drohenden Entladung beseitigt wird, und daß

2. der Existenz des im übrigen dann fortbestehenden polnischen Staates durch internationale Garantien wirtschaftlich und politisch die notwendige Sicherung gegeben wird.

Die Deutsche Reichsregierung hat dazu folgende Erklärung abzugeben:

Trotz ihrer skeptischen Beurteilung der Aussichten solcher direkten Besprechungen will sie dennoch den englischen Vorschlag akzeptieren und in diese eintreten. Sie tut dies ausschließlich unter dem Eindruck der - wie schon betont - ihr zugegangenen schriftlichen Mitteilung der Kgl. Britischen Regierung, daß auch diese ein Freundschaftsabkommen unter Zugrundelegung der dem Botschafter Henderson gegebenen Anhaltspunkte wünscht. Die Deutsche Reichsregierung will dadurch der Kgl. Britischen Regierung und dem englischen Volk einen Beweis für die Aufrichtigkeit der deutschen Absicht, zu einer dauernden Freundschaft mit Großbritannien zu kommen, geben.

Die Reichsregierung muß die Britische Regierung pflichtgemäß aber darauf hinweisen, daß sie im Falle einer Neugestaltung der territorialen Verhältnisse in Polen nicht mehr in der Lage wäre, ohne Hinzuziehung der Sowjet-Union sich zu Garantien zu verpflichten oder an Garantien teilzunehmen.

Im übrigen hat die Deutsche Reichsregierung bei ihren Vorschlägen nie die Absicht gehabt, lebenswichtige Interessen Polens anzugreifen oder die Existenz eines unabhängigen polnischen Staates in Frage zu stellen. Die Deutsche Reichsregierung ist unter diesen Umständen daher damit einverstanden, die vorgeschlagene Vermittlung der Kgl. Britischen Regierung zur Entsendung einer mit allen Vollmachten versehenen polnischen Regierung nach Berlin anzunehmen. Sie rechnet mit dem Eintreffen dieser Persönlichkeit für Mittwoch, den 30. August 1939.

Die Reichsregierung wird die Vorschläge einer für sie akzeptablen Lösung sofort ausarbeiten und diese wenn möglich bis zur Ankunft des polnischen Unterhändlers auch der Britischen Regierung zur Verfügung stellen.

---

13. Telephonat des Deutschen Geschäftsträgers in Warschau an das Auswärtige Amt vom 30. August 1939, nachmittags 17.30 Uhr

Seit einer Stunde ist in Polen durch Anschlag die allgemeine Mobilmachung befohlen worden. Erster Mobilmachungstag ist der 31. August; zu melden haben sich alle Personen, die eine weiße Einberufungskarte besitzen.

---

14. Dem Reichsminister des Auswärtigen am 30. August 1939, nachts 24 Uhr, vom Britischen Botschafter übergebenes Memorandum der Britischen Regierung

(Übersetzung)

1. Die Regierung Seiner Majestät weiß die Tatsache zu würdigen, daß die Deutsche Regierung in der in ihrer Antwort enthaltenen Erklärung freundlichst auf ihren Wunsch einer deutsch-englischen Verständigung hinweist, und weiß ebenso den Hinweis zu würdigen, daß diese Erwägung ihre Politik beeinflußt hat.

2. Die Regierung Seiner Majestät bringt wiederholt zum Ausdruck, daß sie den Wunsch der Deutschen Regierung nach einer Verbesserung der Beziehungen durchaus teilt; es ist jedoch dabei zu berücksichtigen, daß sie um dieser Verbesserung willen nicht die Interessen ihrer Freunde preisgeben kann. Sie hat volles Verständnis dafür, daß die Deutsche Reichsregierung Deutschlands Lebensinteressen nicht opfern kann, aber die Polnische Regierung befindet sich in der gleichen Lage, und die Regierung seiner Majestät glaubt, daß die Lebensinteressen der beiden Länder nicht unvereinbar sind.

3. Die Regierung Seiner Majestät nimmt zur Kenntnis, daß die Deutsche Regierung den britischen Vorschlag annimmt und bereit ist, mit der Polnischen Regierung in unmittelbaren Meinungsaustausch zu treten.

4. Die Regierung Seiner Majestät glaubt annehmen zu dürfen, daß die Deutsche Regierung im Prinzip die Bedingungen annimmt, daß jedwede Regelung zum Gegenstand einer internationalen Garantie gemacht werden sollte. Die Frage, wer sich an einer solchen Garantie beteiligen soll, wird später zu erörtern sein, und die Regierung Seiner Majestät hofft, daß, um Zeitverlust zu vermeiden, die Deutsche Regierung sofort Schritte unternehmen wird, um die Zustimmung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu erreichen, deren Beteiligung an der Garantie die Regierung Seiner Majestät stets vorausgesetzt hat.

5. Die Regierung Seiner Majestät nimmt gleichfalls zur Kenntnis, daß die Deutsche Regierung den Standpunkt der Britischen Regierung hinsichtlich der Lebensinteressen und der Unabhängigkeit Polens anerkennt.

6. Hinsichtlich besonderer Forderungen, die die Deutsche Regierung in einem früheren Absatz ihrer Antwort anmeldet, muß die Regierung Seiner Majestät einen ausdrücklichen Vorbehalt machen. Sie glaubt zu verstehen, daß die Deutsche Regierung zur Zeit Vorschläge für eine Lösung ausarbeitet. Zweifelsohne werden diese Vorschläge während des Meinungsaustausches sorgfältigst geprüft werden. Es kann dann entschieden werden, wie weit diese mit den wesentlichen Bedingungen vereinbar sind, die die Regierung Seiner Majestät bekanntgegeben hat, und die anzunehmen die Deutsche Regierung ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht hat.

7. Die Regierung Seiner Majestät wird die Polnische Regierung sofort von der Antwort der Deutschen Regierung verständigen. Die Art der Fühlungnahme und die Vorbereitungen für einen Meinungsaustausch müssen selbstverständlich in aller Eile zwischen der Deutschen und der Polnischen Regierung vereinbart werden. Die Regierung Seiner Majestät ist jedoch der Ansicht, daß es untunlich wäre, diese Fühlungnahme schon heute herzustellen.

8. Die Regierung Seiner Majestät erkennt voll an, daß bei der Aufnahme der Verhandlungen Eile geboten ist, und teilt die Befürchtungen des Herrn Reichskanzlers, die sich aus dem Umstande ergeben, daß zwei mobilisierte Armeen sich in allernächster Nähe gegenüberstehen. Sie möchte daher auf das dringendste nahelegen, daß beide Parteien sich verpflichten, daß während der Verhandlungen keine aggressiven militärischen Bewegungen stattfinden. Die Regierung Seiner Majestät vertraut darauf, daß sie von der Polnischen Regierung eine derartige Zusage erhalten würde, wenn die Deutsche Regierung eine gleichartige Versicherung abgeben wollte.

9. Die Regierung Seiner Majestät möchte ferner noch vorschlagen, daß vorläufig ein *modus vivendi* für Danzig geschaffen wird, um Zwischenfälle zu verhüten, die geeignet wären, die deutsch-polnischen Beziehungen noch schwieriger zu gestalten.

Berlin, den 30. August 1939.

---

15. Amtliche deutsche Mitteilung vom 31. August 1939, abends 21 Uhr enthaltend den Vorschlag für eine Regelung des Danzig-Korridor-Problems sowie der deutsch-polnischen Minderheitenfrage

Die Königlich Britische Regierung hat sich in einer Note vom 28. August 1939 gegenüber der Deutschen Regierung bereit erklärt, ihre Vermittlung zu direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über die strittigen Probleme zur Verfügung zu stellen. Sie hat dabei keinerlei Zweifel darüber gelassen, daß auch ihr angesichts der fortdauernden Zwischenfälle und der allgemeinen europäischen Spannung die Dringlichkeit des Vorganges bewußt wäre.

Die Deutsche Reichsregierung hat sich in einer Antwortnote vom 29. August 1939 trotz ihrer skeptischen Beurteilung des Willens der Polnischen Regierung, überhaupt zu einer Verständigung zu kommen, im Interesse des Friedens bereit erklärt, die englische Vermittlung bzw. Anregung anzunehmen. Sie hat unter Würdigung aller der zur Zeit gegebenen Umstände es für notwendig erachtet, in dieser ihrer Note darauf hinzuweisen, daß, wenn überhaupt die Gefahr einer Katastrophe vermieden werden soll, dann schnell und unverzüglich gehandelt werden muß. Sie hat sich in diesem Sinne bereit erklärt, bis zum 30. August 1939 abends einen Beauftragten der Polnischen Regierung zu empfangen, unter der Voraussetzung, daß dieser auch wirklich bevollmächtigt sei, nicht nur zu diskutieren, sondern Verhandlungen zu führen und abzuschließen.

Die Deutsche Regierung hat weiter in Aussicht gestellt, daß sie glaubt, bis zum Eintreffen dieses polnischen Unterhändlers in Berlin der Britischen Regierung die Grundlagen über das Verständigungsangebot ebenfalls zugänglich machen zu können.

Statt eine Erklärung über das Eintreffen einer autorisierten polnischen Persönlichkeit erhielt die Reichsregierung als Antwort auf ihre Verständigungsbereitschaft zunächst die Nachricht der polnischen Mobilmachung, und erst am 30. August 1939 gegen 12 Uhr nachts eine sehr

allgemein gehaltene britische Versicherung der Bereitwilligkeit, ihrerseits auf den Beginn von Verhandlungen hinwirken zu wollen.

Trotzdem durch das Ausbleiben des von der Reichsregierung erwarteten polnischen Unterhändlers die Voraussetzung entfallen war, der Britischen Regierung noch eine Kenntnis über die Abfassung der Deutschen Regierung in Bezug auf mögliche Verhandlungsgrundlagen zu geben, da die Britische Regierung ja selbst für direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen plädiert hatte, gab Reichsaußenminister v. Ribbentrop dem Britischen Botschafter anläßlich der Übergabe der letzten englischen Note eine genaue Kenntnis des Wortlautes der für den Fall des Eintreffens des polnischen Bevollmächtigten als Verhandlungsgrundlage vorgesehenen deutschen Vorschläge.

Die Deutsche Reichsregierung glaubte ein Recht darauf zu haben, daß unter keinen Umständen wenigstens nachträglich die sofortige Benennung einer polnischen Persönlichkeit stattfinden würde. Denn es ist der Reichsregierung nicht zuzumuten, ihrerseits fortgesetzt die Bereitwilligkeit zur Inangriffnahme solcher Verhandlungen nicht nur zu betonen, sondern auch dafür bereitzusitzen, von der polnischen Seite aber nur mit leeren Ausflüchten und nichtssagenden Erklärungen hingehalten zu werden.

Aus einer inzwischen stattgefundenen Demarche des polnischen Botschafters geht erneut hervor, daß auch dieser nicht bevollmächtigt ist, in irgendeine Diskussion einzutreten oder gar zu verhandeln.

Somit haben der Führer und die Deutsche Regierung nun 2 Tage vergeblich auf das Eintreffen eines bevollmächtigten polnischen Unterhändlers gewartet.

Unter diesen Umständen sieht die Deutsche Regierung auch dieses Mal ihre Vorschläge praktisch als abgelehnt an, obwohl sie der Meinung ist, daß diese in der Form, in der sie auch der englischen Regierung bekanntgegeben worden sind, mehr als loyal, fair und erfüllbar gewesen wären.

Die Reichsregierung hält es für angebracht, der Öffentlichkeit Kenntnis von diesen dem britischen Botschafter durch den Reichsaußenminister von Ribbentrop mitgeteilten Verhandlungsgrundlagen zu geben.

Vorschlag für eine Regelung des Danzig-Korridor-Problems sowie der deutsch-polnischen Minderheitenfrage

Die Lage zwischen dem Deutschen Reich und Polen ist zur Zeit so, daß jeder weitere Zwischenfall zu einer Entladung der beiderseits in Stellung gegangenen militärischen Streitkräfte führen kann. Jede friedliche Lösung muß so beschaffen sein, daß sich nicht bei nächster Gelegenheit die diesen Zustand ursächlich bedingenden Ereignisse wiederholen können und dadurch nicht nur der Osten Europas, sondern auch andere Gebiete in die gleiche Spannung versetzt werden.

Die Ursachen dieser Entwicklung liegen

1. in der unmöglichen Grenzziehung, wie sie durch das Versailler Diktat vorgenommen wurde,

2. in der unmöglichen Behandlung der Minderheiten in den abgetrennten Gebieten.

Die Deutsche Reichsregierung geht daher bei diesen Vorschlägen von dem Gedanken aus, eine endgültige Lösung zu finden, die die unmögliche Situation der Grenzziehung beseitigt, beiden Teilen ihre lebenswichtigen Verbindungsstraßen sichert, das Minderheitenproblem - soweit irgend möglich - beseitigt, und soweit dies nicht möglich ist, das Schicksal der Minderheiten durch eine sichere Garantie ihrer Rechte erträglich gestaltet.

Die Deutsche Reichsregierung ist überzeugt, daß es dabei unerläßlich ist, wirtschaftliche und physische Schädigungen, die seit dem Jahr 1918 stattgefunden haben, aufzudecken und im vollen Umfange wieder gutzumachen. Sie sieht selbstverständlich diese Verpflichtung als eine für beide Teile bindende an.

Aus diesen Erwägungen ergeben sich folgende praktische Vorschläge:

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt auf Grund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück.

2. Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder-Graudenz-Kulm-Bromberg (diese Städte einschließlich) und dann etwa westlich nach Schönlanke reicht, wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder Polen selbst entscheiden.

3. Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. Abstimmungsberechtigt sind alle Deutschen, die am 1. Januar 1918 in diesem Gebiet wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden, und desgleichen alle an diesem Tage in diesem Gebiet wohnhaft gewesenen oder bis zu diesem Tage dort geborenen Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfüllung ihrer Abstimmung zurück.

Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung sowie zur Gewährleistung der dafür notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den Großmächten Italien, Sowjetunion, Frankreich, England gebildet wird. Diese Kommission übt alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet aus. Zu dem Zweck ist dieses Gebiet in einer zu vereinbarenden Frist von den polnischen Militärs, der polnischen Polizei und den polnischen Behörden zu räumen.

4. Von diesem Gebiet bleiben ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsätzlich polnisches Hoheitsgebiet ist, insoweit er sich territorial auf die polnische Siedlung beschränkt.

Die näheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt wären zwischen Deutschland und Polen festzulegen und nötigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.

5. Um die notwendige Zeit für die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchführung einer gerechten Abstimmung sicherzustellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von 12 Monaten stattfinden.

6. Um während dieser Zeit Deutschland seine Verbindung mit Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere unbeschränkt zu garantieren, werden die Straßen und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermöglichen. Hierbei dürfen nur jene Abgaben erhoben werden, die für die Erhaltung der Verkehrswege bzw. für die Durchführung der Transporte erforderlich sind.

7. Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

8. Um nach erfolgter Abstimmung - ganz gleich, wie diese ausgehen möge, die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschland mit seiner Provinz Danzig - Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung Bütow-Danzig bzw. Dirschau, gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Der Bau der Straße und der Eisenbahn wird so durchgeführt, daß die polnischen Kommunikationswege dadurch nicht berührt, d.h. entweder über- oder unterfahren werden. Die breite dieser Zone wird auf einen Kilometer festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet.

Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Straßen- bzw. Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.

9. Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmaß vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.

10. Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit den gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.

11. Um in diesem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, würden Danzig und Gdingen den Charakter reiner Handelsstädte erhalten, d.h. ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.

12.Die Halbinsel Hela, die entsprechend der Abstimmung entweder zu Polen oder zu Deutschland käme, würde in jedem Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein.

13. Da die Deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat, die Polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden gegen Deutschland vorbringen zu müssen, erklären sich beide Parteien damit einverstanden, daß diese Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Beschwerden über wirtschaftliche und physische Schädigungen sowie sonstige terroristische Akte zu untersuchen.

Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorgekommenen wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wieder gutzumachen bzw. alle Enteignungen aufzuheben oder für diese und sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben eine vollständige Entschädigung den Betroffenen zu leisten.

14. Um den in Polen verbleibenden Deutschen sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen und ihnen vor allem die Sicherheit zu gewähren, nicht zu Handlungen bzw. zu Diensten herangezogen werden zu können, die mit ihrem nationalen Gefühl unvermeidbar sind, kommen Deutschland und Polen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und verbindende Vereinbarungen zu sichern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung ihres Volkstums zu gewährleisten, ihnen insbesondere zu diesem Zweck die von ihnen für

erforderlich gehaltene Organisierung zu gestatten. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheiten nicht zum Wehrdienst heranzuziehen.

15. Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich für Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilisierung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.

16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Maßnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.

---

16. Meldung des polnischen Rundfunksenders Warschau vom 31. August 1939, abends 23 Uhr

(Übersetzung)

Die heutige Bekanntmachung des deutschen offiziellen Communiques hat die Ziele und Absichten der deutschen Politik klar gezeigt. Es beweist die offenen Aggressionsabsichten Deutschlands gegenüber Polen. Die Bedingungen, unter denen das Dritte Reich bereit ist, mit Polen zu verhandeln, lauten: Danzig kehrt sofort zum Reich zurück. Pommerellen mit den Städten Bromberg und Graudenz unterliegt einem Plebiszit, wobei alle Deutschen, die nach dem Jahre 1918 aus irgendwelchen Gründen von dort ausgewandert sind, hineingelassen werden sollen. Polnisches Militär und Polizei evakuiert Pommerellen. Die Polizei Englands, Frankreichs, Italiens und der Sowjetunion übernimmt die Gewalt. Nach Ablauf von 12 Monaten findet das Plebiszit statt. Das Gebiet der Halbinsel Hela wird vom Plebiszit gleichfalls erfaßt. Gdingen ist als polnische Stadt ausgeschlossen. Unabhängig vom Ausgang des Plebiszits wird eine exterritoriale Straße in der Breite eines Kilometers gebaut ...

Die deutsche Agentur gibt bekannt, daß der Termin für die Aufnahme dieser Bedingungen gestern abgelaufen ist. Deutschland hat vergeblich auf einen Abgesandten Polens gewartet. Die Antwort waren die militärischen Anordnungen der polnischen Regierung.

Keine Worte können jetzt mehr die Aggressionspläne der neuen Hunnen verschleiern. Deutschland strebt die Herrschaft über Europa an und durchstreicht mit einem bisher nicht dagewesenen Zynismus die Rechte der Völker. Dieser unverschämte Vorschlag beweist deutlich, wie notwendig die militärischen Anordnungen der polnischen Regierung gewesen sind.

---

17. Rede des Führers vor dem Deutschen Reichstag vom 1. September 1939

Abgeordnete, Männer des Deutschen Reichstages!

Seit Monaten leiden wir alle unter der Qual eines Problems, das uns einst der Versailler Diktat beschert hat und das nunmehr in seiner Ausartung und Entartung unerträglich geworden war.

Danzig war und ist eine deutsche Stadt!

Der Korridor war und ist deutsch!

Alle diese Gebiete verdanken ihre kulturelle Erschließung ausschließlich dem deutschen Volk, ohne das in diesen östlichen Gebieten tiefste Barbarei herrschen würde.

Danzig wurde von uns getrennt! Der Korridor von Polen annektiert! Die dort lebenden deutschen Minderheiten in der qualvollsten Weise mißhandelt! Über eine Million Menschen deutschen Blutes mußten schon in den Jahren 1919/1920 ihre Heimat verlassen!

Wie immer, so habe ich auch hier versucht, auf dem Wege friedlicher Revisionsvorschläge eine Änderung des unerträglichen Zustandes herbeizuführen. Es ist eine Lüge, wenn in der Welt behauptet wird, daß wir alle unsere Revisionen nur unter Druck durchzusetzen versuchten. Fünfzehn Jahre, bevor der Nationalsozialismus zur Macht kam, hatte man Gelegenheit, auf dem Wege friedlicher Verständigung die Revisionen durchzuführen. Man tat es nicht! In jedem einzelnen Falle habe ich dann von mir aus, nicht einmal, sondern oftmals Vorschläge zur Revision unerträglicher Zustände gemacht. Alle diese Vorschläge sind, wie Sie wissen, abgelehnt worden. Ich brauche sie nicht einzeln aufzuzählen: die Vorschläge der Rüstungsbegrenzung, ja wenn notwendig, zur Rüstungsbeseitigung, die Vorschläge zur Begrenzung der Kriegsführung, die Vorschläge zur Ausschaltung von in meinen Augen mit dem Völkerrecht schwer vereinbaren Methoden der modernen Kriegsführung. Sie kennen die Vorschläge, die ich über die Notwendigkeit der Wiederherstellung der deutschen Souveränität über die deutschen Reichsgebiete machte, die endlosen Versuche, die ich zu einer friedlichen Verständigung über das Problem Österreich unternahm, und später über das Problem Sudetenland, Böhmen und Mähren. Es war alles vergeblich.

Eines aber ist unmöglich: zu verlangen, daß ein unerträglicher Zustand auf dem Weg friedlicher Revision bereinigt wird - und dann die friedliche Revision konsequent zu verweigern!

Es ist auch unmöglich, zu behaupten, daß derjenige, der in einer solchen Lage dann dazu übergeht, von sich aus diese Revisionen vorzunehmen, gegen das Gesetz verstößt. Das Diktat von Versailles ist für uns Deutsche kein Gesetz! Es geht nicht an, von jemand mit vorgehaltener Pistole und der Drohung des Verhungerns von Millionen Menschen eine Unterschrift zu erpressen und dann das Dokument mit dieser erpreßten Unterschrift als ein feierliches Gesetz zu proklamieren!

So habe ich auch im Falle Danzigs und des Korridors versucht, durch friedliche Vorschläge auf dem Wege der Diskussion die Probleme zu lösen. Daß sie gelöst werden mußten, das war klar! Und daß der Termin dieser Lösung für die westlichen Staaten vielleicht uninteressant sein kann, ist begreiflich. Aber uns ist dieser Termin nicht gleichgültig! Vor allem aber war er und konnte er nicht gleichgültig sein für die leidenden Opfer.

Ich habe die Besprechungen mit polnischen Staatsmännern die Gedanken, die Sie von mir hier in meiner letzten Reichstagsrede vernommen haben, erörtert. Kein Mensch kann behaupten, daß dies etwa ein ungebührliches Verfahren oder gar ein ungebührlicher Druck gewesen wäre. Ich habe dann die deutschen Vorschläge formulieren lassen, und ich muß es noch einmal wiederholen, daß es loyaleres und bescheidneres als diese von mir unterbreiteten Vorschläge nicht gibt. Und ich möchte das jetzt der Welt sagen: Ich allein war überhaupt in der Lage, solche Vorschläge zu machen! Denn ich weiß ganz genau, daß ich mich damals zur Auffassung von Millionen von Deutschen in Gegensatz gebracht habe. Diese Vorschläge sind abgelehnt worden! Aber nicht nur das! Sie wurden beantwortet: mit Mobilmachungen, mit verstärktem Terror, mit gesteigertem Druck auf die Volksdeutschen in diesen Gebieten und mit einem langsamen wirtschaftlichen, politischen und in den letzten Wochen endlich auch

militärischen und verkehrstechnischen Abdrosselungskampf gegen die Freie Stadt Danzig. Polen hat den Kampf gegen die freie Stadt Danzig entfesselt! Es war weiter nicht bereit, die Korridorfrage in einer irgendwie billigen und den Interessen beider gerecht werdenden Weise zu lösen! Und es hat endlich nicht daran gedacht, seine Minderheitenverpflichtungen einzuhalten.

Ich muß hier feststellen: Deutschland hat diese Verpflichtungen eingehalten! Die Minderheiten, die im Deutschen Reich leben, werden nicht verfolgt. Es soll ein Franzose aufstehen und erklären, daß etwa die im Saargebiet lebenden Franzosen unterdrückt, gequält und entrechtet werden! Keiner wird dies behaupten können!

Ich habe nun dieser Entwicklung vier Monate lang ruhig zugesehen, allerdings nicht, ohne immer wieder zu warnen. Ich habe in letzter Zeit diese Warnungen verstärkt. Ich habe dem polnischen Botschafter vor nun schon über drei Wochen mitteilen lassen, daß, wenn Polen noch weitere ultimative Noten an Danzig schicken würde, wenn es weitere Unterdrückungsmaßnahmen gegen das Deutschtum vornehmen würde, oder wenn es versuchen sollte, auf dem Wege zollpolitischer Maßnahmen Danzig wirtschaftlich zu vernichten, dann Deutschland nicht länger mehr untätig zusehen könnte.

Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß man in dieser Hinsicht das heutige Deutschland nicht mit dem Deutschland, das vor uns war, verwechseln darf.

Man hat versucht, das Vorgehen gegen die Volksdeutschen damit zu entschuldigen, daß man erklärte, sie hätten Provokationen begangen. Ich weiß nicht, worin die »Provokationen« der Kinder und Frauen bestanden haben sollen, die man mißhandelt und verschleppt, oder die »Provokationen« derer, die man in der tierischsten, sadischtischsten Weise gequält und schließlich getötet hat!

Eines weiß ich: daß es keine Großmacht von Ehre gibt, die auf die Dauer solchen Zuständen ruhig zusehen würde! Ich habe trotzdem noch einen letzten Versuch gemacht! Obwohl ich innerlich überzeugt war, daß es der Polnischen Regierung - vielleicht auch infolge ihrer Abhängigkeit von einer nunmehr entfesselten Soldateska - mit einer wirklichen Verständigung nicht ernst ist, habe ich einen Vermittlungsvorschlag der Britischen Regierung angenommen. Sie schlug vor, daß sie nicht selbst Verhandlungen führen sollte, sondern versicherte, eine direkte Verbindung zwischen Polen und Deutschland herzustellen, um noch einmal in das Gespräch zu kommen.

Ich muß hier folgendes feststellen: Ich habe diesen Vorschlag angenommen! Ich habe für diese Besprechungen Grundlagen ausgearbeitet, die Ihnen bekannt sind! Und ich bin dann mit meiner Regierung zwei volle Tage dagesessen, und habe gewartet, ob es der Polnischen Regierung paßt, nun endlich einen Bevollmächtigten zu schicken oder nicht!

Sie hat uns bis gestern abend keinen Bevollmächtigten geschickt, sondern durch ihren Botschafter mitteilen lassen, daß sie zur Zeit abwäge, ob und wie weit sie in der Lage sei, auf die englischen Vorschläge einzugehen; sie würde dies England mitteilen.

Meine Herren Abgeordneten! Wenn man dem Deutschen Reiche und seinem Staatsoberhaupt so etwas zumuten kann, und das Deutsche Reich und sein Staatsoberhaupt das dulden würden, dann würde die deutsche Nation nichts anderes verdienen, als von der politischen Bühne abzutreten!

Meine Friedensliebe und meine endlose Langmut soll man nicht mit Schwäche oder gar mit Feigheit verwechseln! Ich habe daher gestern abend der Britischen Regierung mitgeteilt, daß ich unter diesen Umständen auf Seiten der Polnischen Regierung keine Geneigtheit mehr finden kann, mit uns in ein wirkliches Gespräch einzutreten.

Damit sind diese Vermittlungsvorschläge gescheitert, denn unterdes war als Antwort auf diesen Vermittlungsvorschlag erstens die polnische Generalmobilmachung gekommen und zweitens neue schwere Greueltaten. Diese Vorgänge haben sich nun heute nacht abermals wiederholt. Nachdem schon neulich in einer einzigen Nacht 21 Grenzzwischenfälle zu verzeichnen waren, sind es heute nacht 14 gewesen. Darunter drei ganz schwere.

Ich habe mich daher nun entschlossen, mit Polen in der gleichen Sprache zu reden, die Polen seit Monaten uns gegenüber anwendet!

Wenn nun Staatsmänner im Westen erklären, daß dies ihre Interessen berühre, so kann ich eine solche Erklärung nur bedauern; sie kann mich aber nicht eine Sekunde in der Erfüllung meiner Pflicht wankend machen. Ich habe es feierlich versichert und wiederhole es, daß wir von diesen Weststaaten nichts fordern und nie etwas fordern werden. Ich habe versichert, daß die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland eine endgültige ist. Ich habe England immer wieder eine Freundschaft und, wenn notwendig, das engste Zusammengehen angeboten. Aber Liebe kann nicht nur von einer Seite geboten werden, sie muß von der anderen Erwiderung finden. Deutschland hat keine Interessen im Westen, unser Westwall ist zugleich für alle Zeiten die Grenze des Reiches. Wir haben auch keinerlei Ziel für die Zukunft, und diese Einstellung des Reiches wird sich nicht mehr ändern.

Die anderen europäischen Staaten begreifen zum Teil unsere Haltung. Ich möchte hier vor allem Italien danken, das uns in dieser ganzen Zeit unterstützt hat. Sie werden aber verstehen, daß wir für die Durchführung dieses Kampfes nicht an eine fremde Hilfe appellieren wollen. Wir werden diese unsere Aufgabe selber lösen!

Die neutralen Staaten haben uns ihre Neutralität versichert, genau so, wie wir sie ihnen schon vorher garantierten. Es ist uns heiliger Ernst mit dieser Versicherung, und, solange kein anderer ihre Neutralität bricht, werden wir sie ebenfalls peinlichst beachten. Denn was sollten wir von ihnen wünschen oder wollen?

Ich bin glücklich, Ihnen nun von dieser Stelle aus ein besonders Ereignis mitteilen zu können. Sie wissen, daß Rußland und Deutschland von zwei verschiedenen Doktrinen regiert werden. Es war nur eine Frage, die geklärt werden mußte: Deutschland hat nicht die Absicht, seine Doktrin zu exportieren, und in dem Augenblick, in dem Sowjetrußland seine Doktrin nicht nach Deutschland zu exportieren gedenkt, sehe ich keine Veranlassung mehr, daß wir auch nur noch einmal gegeneinander Stellung nehmen sollten! Wir sind uns beide darüber klar: Jeder Kampf unserer Völker gegeneinander würde nur anderen einen Nutzen abwerfen. Daher haben wir uns entschlossen, einen Pakt abzuschließen, der zwischen uns beiden für alle Zukunft jede Gewaltanwendung ausschließt, der uns in gewissen europäischen Fragen zur Konsultierung verpflichtet, der das wirtschaftliche Zusammenarbeiten ermöglicht, und vor allem sicherstellt, daß sich die Kräfte dieser beiden großen Staaten nicht gegeneinander verbrauchen. Jeder Versuch des Westens, hier etwas zu ändern, wird fehlschlagen! Und ich möchte das eine hier versichern: diese politische Entscheidung bedeutet eine ungeheure Wende für die Zukunft und ist eine Endgültige!

Ich glaube, das ganze Volk wird diese politische Einstellung begrüßen! Rußland und Deutschland haben im Weltkrieg gegeneinander gekämpft und waren beide letzten Endes die Leidtragenden. Ein zweites Mal soll und wird das nicht mehr geschehen! Der Nichtangriffs- und Konsultativpakt, der am Tage seiner Unterzeichnung bereits gültig wurde, hat gestern die höchste Ratifikation in Moskau und auch in Berlin erfahren. In Moskau wurde dieser Pakt genau so begrüßt, wie Sie ihn hier begrüßen.

Die Rede, die der russische Außenkommissar Molotow hielt, kann ich Wort für Wort unterschreiben.

Unsere Ziele!

Ich bin entschlossen: Erstens die Frage Danzig, zweitens die Frage des Korridors zu lösen und drittens dafür zu sorgen, daß im Verhältnis Deutschlands zu Polen eine Wende eintritt, die ein friedliches Zusammenleben sicherstellt!

Ich bin dabei entschlossen, so lange zu kämpfen, bis entweder die derzeitige Polnische Regierung dazu geneigt ist, diese Änderung herzustellen, oder bis eine andere Polnische Regierung dazu bereit ist!

Ich will von den deutschen Grenzen das Element der Unsicherheit, die Atmosphäre ewiger, bürgerkriegähnlicher Zustände, entfernen.

Ich will dafür sorgen, daß im Osten der Friede an der Grenze kein anderer ist, als wir ihn an unseren anderen Grenzen kennen.

Ich will dabei die notwendigen Handlungen so vornehmen, daß sie nicht dem widersprechen, was ich Ihnen hier, meine Herren Abgeordneten, im Reichstag selbst als Vorschläge an die übrige Welt bekanntgab:

Das heißt, ich will nicht den Kampf gegen Frauen und Kinder führen! Ich habe meiner Luftwaffe den Auftrag gegeben, sich bei den Angriffen auf militärische Objekte zu beschränken. Wenn aber der Gegner glaubt, daraus einen Freibrief ablesen zu können, seinerseits mit umgekehrten Methoden zu kämpfen, dann wird er eine Antwort erhalten, daß ihm Hören und Sehen vergeht!

Polen hat nun heute nacht zum erstenmal auf unserem eigenen Territorium auch durch reguläre Soldaten geschossen. Seit 5,45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen! Und von jetzt ab wird Bombe mit Bombe vergolten!

Wer mit Gift kämpft, wird mit Giftgas bekämpft. Wer sich selbst von den Regeln einer humanen Kriegsführung entfernt, kann von uns nichts anderes erwarten, als daß wir den gleichen Schritt tun.

Ich werde diesen Kampf, ganz gleich gegen wen, so lange führen, bis die Sicherheit des Reiches und seine Rechte gewährleistet sind!

Über sechs Jahre habe ich nun am Aufbau der deutschen Wehrmacht gearbeitet. In dieser Zeit sind über 90 Milliarden für den Aufbau unserer Wehrmacht aufgewendet worden. Sie ist heute die am besten ausgerüstete der Welt und steht weit über jedem Vergleich mit der des Jahres 1914!

Mein Vertrauen auf sie ist unerschütterlich!

Wenn ich diese Wehrmacht aufrief, und wenn ich nun vom deutschen Volk Opfer und, wenn notwendig, alle Opfer fordere, dann habe ich ein Recht dazu, denn ich selbst bin heute genau so bereit, wie ich es früher war, jedes persönliche Opfer zu bringen!

Ich verlange von keinem deutschen Mann etwas anderes, als was ich selber über vier Jahre lang bereit war, jederzeit zu tun!

Es soll keine Entbehrungen Deutscher geben, die ich nicht selber sofort übernehme!

Mein ganzes Leben gehört von jetzt ab erst recht meinem Volke! Ich will nichts anderes sein als der erste Soldat des Deutschen Reiches!

Ich habe damit wieder jenen Rock angezogen, der mir selbst der heiligste und teuerste war. Ich werde ihn nur ausziehen nach dem Sieg oder - ich werde dieses Ende nicht erleben!

Sollte mir in diesem Kampf etwas zustoßen, dann ist mein erster Nachfolger Parteigenosse Göring.

Sollte Parteigenosse Göring etwas zustoßen, ist sein Nachfolger Parteigenosse Heß.

Sie würden diesen dann als Führer genau so zu blinder Treue und Gehorsam verpflichtet sein wie mir!

Für den Fall, daß auch Parteigenosse Heß etwas zustoßen sollte, werde ich durch Gesetz nunmehr den Senat berufen, der dann den Würdigsten, das heißt den Tapfersten aus seiner Mitte wählen soll!

Als Nationalsozialist und deutscher Soldat gehe ich in diesen Kampf mit einem starken Herzen! Mein ganzes Leben war nichts anderes als ein einziger Kampf für mein Volk, für seine Wiederauferstehung, für Deutschland, und für diesen Kampf stand nur ein Bekenntnis: Der Glaube an dieses Volk!

Ein Wort habe ich nie gekannt: es heißt: Kapitulation.

Wenn irgend jemand aber meint, daß wir vielleicht einer schweren Zeit entgegengehen, so möchte ich bitten, zu bedenken, daß einst ein Preußenkönig mit einem lächerlich kleinen Staat einer der größten Koalitionen gegenübertrat und in drei Kämpfen am Ende doch erfolgreich bestand, weil er jenes gläubige starke Herz besaß, das auch wir in dieser Zeit benötigen.

Der Umwelt aber möchte ich versichern: ein November 1918 wird sich niemals mehr in der deutschen Geschichte wiederholen!

So wie ich selber bereit bin, jederzeit mein Leben für mein Volk und für Deutschland einzusetzen, so verlange ich dasselbe auch von jedem anderen!

Wer aber glaubt, sich diesem nationalen Gebot, sei es direkt oder indirekt, widersetzen zu können, der fällt.

Verräter haben nichts mit uns zu tun!

Wir alle bekennen uns damit nur zu unserem alten Grundsatz: Es ist gänzlich unwichtig, ob wir leben, aber notwendig ist es, daß unser Volk, daß Deutschland lebt!

Ich erwarte von Ihnen als den Sendboten des Reiches, daß Sie nunmehr auf allen Plätzen, auf die Sie gestellt sind, ihre Pflicht erfüllen!

Sie müssen Bannerträger sein des Widerstandes, koste es was es wolle! Keiner melde mir, daß in seinem Gau, in seinem Kreis oder in seiner Gruppe oder in seiner Zelle die Stimmung einmal schlecht sein könnte. Träger, verantwortlicher Träger der Stimmung sind Sie! Ich bin verantwortlich für die Stimmung im deutschen Volk, Sie sind verantwortlich für die Stimmung in Ihren Gauen, in Ihren Kreisen! Keiner hat das Recht, diese Verantwortung abzutreten. Das Opfer, das von uns verlangt wird, ist nicht größer als das Opfer, das zahlreiche Generationen gebracht haben. All die Männer, die vor uns den bittersten und schwersten Weg für Deutschland antreten mußten, haben nichts anderes geleistet, als was wir auch zu leisten haben; ihr Opfer war kein billigeres und kein schmerzloseres und damit kein leichteres, als das Opfer sein würde, das von uns verlangt wird.

Ich erwarte auch von der deutschen Frau, daß sie sich in eiserner Disziplin vorbildlich in diese große Kampfgemeinschaft einfügt!

Die deutsche Jugend aber wird strahlenden Herzens ohnehin erfüllen, was die Nation, der Nationalsozialistische Staat von ihr erwartet und fordert!

Wenn wir diese Gemeinschaft bilden, eng verschworen, zu allem entschlossen, niemals gewillt zu kapitulieren, dann wird unser Wille jeder Not Herr werden!

Ich schließe mit dem Bekenntnis, das ich einst aussprach, als ich den Kampf um die Macht im Reich begann. Damals sagte ich:

Wenn unser Wille so stark ist, daß keine Not ihn mehr bezwingen vermag, dann wird unser Wille und unser deutscher Stahl auch die Not zerbrechen und besiegen.

Deutschland - Sieg Heil!

---

18. Dem Reichsaußenminister am 1. September 1939, abends 21.30 Uhr, vom Britischen Botschafter übergebene Note

(Übersetzung)

Berlin, den 1. September 1939.

Euer Exzellenz,

Im Auftrage des Ministers Seiner Majestät für Auswärtige Angelegenheiten beehre ich mich, folgende Mitteilung zu machen.

In den frühen Morgenstunden des heutigen Tages hat der Deutsche Reichskanzler einen Aufruf an die Deutsche Wehrmacht erlassen, aus dem klar hervorging, daß er im Begriff war, Polen anzugreifen.

Aus Nachrichten, die zur Kenntnis der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich und der Französischen Regierung gelangt sind, geht hervor, daß deutsche Truppen die polnische Grenze überschritten haben, und daß Angriffe auf polnische Städte im Gange sind.

Unter diesen Umständen sind die Regierungen des Vereinigten Königreichs und Frankreichs der Auffassung, daß die Deutsche Regierung durch diese ihre Handlung die Voraussetzung geschaffen hat (nämlich einen aggressiven Gewaltakt gegenüber Polen, der dessen Unabhängigkeit bedroht), welche seitens der Regierungen des Vereinigten Königreichs und Frankreichs die Erfüllung ihrer Verpflichtungen, Polen Beistand zu leisten, erheischen.

Ich bin daher beauftragt, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich ohne Zögern ihre Verpflichtungen gegenüber Polen erfüllen wird, wenn nicht die Deutsche Regierung bereit ist, der Regierung des Vereinigten Königreichs befriedigende Zusicherungen dahingehend abzugeben, daß die Deutsche Regierung jegliche Angriffshandlung gegen Polen eingestellt hat und bereit ist, ihre Truppen unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückzuziehen.

Ich benutze diese Gelegenheit .....

gez. **Neville Henderson**

---

19. Dem Reichsaußenminister am 1. September 1939, abends 22 Uhr, vom Französischen Botschafter übergebene Note

(Übersetzung)

Berlin, den 1. September 1939.

Euer Exzellenz,

Im Auftrage des Französischen Außenministers beehre ich mich, folgende Mitteilung zu machen.

In den frühen Morgenstunden des heutigen Tages hat der Deutsche Reichskanzler einen Aufruf an die Deutsche Wehrmacht erlassen, aus dem klar hervorging, daß er im Begriff war, Polen anzugreifen.

Aus Nachrichten, die zur Kenntnis der Französischen Regierungen Frankreichs und des Vereinigten Königreichs gelangt sind, geht hervor, daß deutsche Truppen die polnische Grenze überschritten haben und daß Angriffe auf polnische Städte im Gange sind.

Unter diesen Umständen sind die Regierungen Frankreichs und des Vereinigten Königreichs der Auffassung, daß die Deutsche Regierung durch diese ihre Handlung die Voraussetzungen geschaffen hat (nämlich einen aggressiven Gewaltakt gegenüber Polen, der dessen Unabhängigkeit bedroht), welche seitens der Regierungen Frankreichs und des Vereinigten Königreichs die Erfüllung ihrer Verpflichtungen, Polen Beistand zu leisten, erheischen.

Ich bin daher beauftragt, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß die Französische Regierung ohne Zögern ihre Verpflichtungen gegenüber Polen erfüllen wird, wenn nicht die Deutsche

Regierung bereit ist, der Französischen Regierung befriedigende Zusicherungen dahingehend abzugeben, daß die Deutsche Regierung jegliche Angriffshandlung gegen Polen eingestellt hat und bereit ist, ihre Truppen unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückzuziehen.

Ich benutze diese Gelegenheit .....

gez. **Coulondre**

---

20. Dem Auswärtigen Amt am 2. September 1939, vormittags, vom Italienischen Botschafter übergebene Notiz

Zur Information läßt Italien wissen, natürlich jede Entscheidung dem Führer überlassend, daß es noch die Möglichkeit hätte, von Frankreich, England und Polen eine Konferenz auf folgenden Grundlagen annehmen zu lassen:

1. Waffenstillstand, der die Armeen läßt, wo sie jetzt sind;

2. Einberufung der Konferenz in zwei bis drei Tagen;

3. Lösung des polnisch-deutschen Streits, welche, wie die Sachen heute liegen, sicher günstig für Deutschland sein würde.

Für den Gedanken, der ursprünglich vom Duce ausgegangen ist, setzt sich heute besonders Frankreich ein.

---

21. Mitteilung der Havas-Agentur vom 2. September 1939

(Übersetzung)

Die Französische Regierung ist ebenso wie mehrere andere Regierungen mit einem italienischen Vorschlag zur Regelung der europäischen Schwierigkeiten befaßt worden. Nach Beratung über diesen Vorschlag hat die Französische Regierung eine positive Antwort gegeben.

---

22. Auszug aus der Erklärung des Britischen Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten im Oberhaus vom 2. September 1939, nachmittags *)

(Übersetzung)

»........ Auf die mahnende Botschaft, die gestern abend Deutschland übermittelt wurde, ist bisher noch keine Antwort eingelaufen.

Es ist möglich, daß diese Verzögerung auf von der Italienischen Regierung gemachten Vorschläge zurückzuführen ist, wonach eine Einstellung der Feindseligkeiten erfolgen und

unverzüglich eine Konferenz zwischen Großbritannien, Frankreich, Polen, Deutschland und Italien einberufen werden sollte.

Der Britischen Regierung ist es aber nicht möglich, an einer Konferenz teilzunehmen, zu einer Zeit, da Polen einer Invasion ausgesetzt ist, polnische Städte mit Bomben belegt werden und Danzig durch Gewalt Gegenstand einer einseitigen Lösung geworden ist.........«

---

*) Nach dem Text im »Observer« vom 3. September 1939. Eine gleichlautende Erklärung war zu gleicher Zeit vom Britischen Premierminister im Unterhause abgegeben worden.

---

23. Vom Britischen Botschafter am 3. September 1939, vormittags 9 Uhr, im Auswärtigen Amt übergebene Note

(Übersetzung)

Den 3. September 1939.

Euer Exzellenz,

In der Mitteilung, welche ich die Ehre hatte, Ihnen am 1. September zu machen, unterrichtete ich Sie auf Weisung des Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Seiner Majestät, daß die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich ohne Zögern ihre Verpflichtungen gegenüber Polen erfüllen werde, wenn nicht die Deutsche Regierung bereit sei, der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich befriedigende Zusicherungen dahingehend abzugeben, daß die Deutsche Regierung jegliche Angriffshandlung gegen Polen eingestellt habe und bereit sei, ihre Truppen unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückzuziehen.

Obwohl diese Mitteilung vor mehr als 24 Stunden erfolgte, ist keine Antwort eingegangen, hingegen wurden die deutschen Angriffe auf Polen fortgesetzt und verstärkt. Ich habe demgemäß die Ehre, Sie davon zu unterrichten, daß, falls nicht bis 11 Uhr vormittags britische Sommerzeit am heutigen Tage, dem 3. September, eine befriedigende Zusicherung im obenerwähnten Sinne von der Deutschen Regierung erteilt wird und bei Seiner Majestät Regierung in London eintrifft, ein Kriegszustand zwischen den beiden Ländern von dieser Stunde an bestehen wird.

Ich benutze diese Gelegenheit ......

gez. **Neville Henderson**

---

24. Note des Britischen Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten an den Deutschen Geschäftsträger in London vom 3. September 1939,

vormittags 11.15 Uhr

(Übersetzung)

Den 3. September 1939.

Herr Geschäftsträger,

Am 1. September unterrichtete der Botschafter Seiner Majestät in Berlin auf meine Weisung hin die dortige Regierung davon, daß die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich ohne Zögern ihre Verpflichtungen gegenüber Polen erfüllen werde, wenn nicht die Deutsche Regierung bereit sei, der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich befriedigende Zusicherung dahingehend abzugeben, daß die Deutsche Regierung jegliche Angriffshandlung gegen Polen eingestellt habe und bereit sei, ihre Truppen unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückzuziehen.

Um 9 Uhr vormittags am heutigen Tage unterrichtete der Botschafter Seiner Majestät in Berlin auf meine Weisung hin die Deutsche Regierung dahingehend, daß, falls nicht bis 11 Uhr vormittags britische Sommerzeit am heutigen Tage, dem 3. September, eine befriedigende Zusicherung im obengenannten Sinne von der Deutschen Regierung erteilt wird und bei Seiner Majestät Regierung in London eintrifft, ein Kriegszustand zwischen den beiden Ländern von dieser Stunde an bestehen wird.

Da keine solche Zusicherungen eingingen, habe ich die Ehre, Sie davon zu unterrichten, daß ein Kriegszustand zwischen den beiden Ländern von 11 Uhr vormittags am heutigen Tage, dem 3. September an gerechnet, besteht.

Ich habe die Ehre ......

gez. **Halifax**

---

25. Dem Britischen Botschafter vom Reichsaußenminister am 3. September 1939, vormittags 11.30 Uhr, ausgehändigtes Memorandum der Reichsregierung

Die Deutsche Reichsregierung hat das Ultimatum der Britischen Regierung vom 3. September 1939 erhalten. Sie beehrt sich, darauf folgendes zu erwidern:

1. Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnen es ab, von der Britischen Regierung ultimative Forderungen entgegenzunehmen, anzunehmen oder gar zu erfüllen.

2. Seit vielen Monaten herrscht an unserer Ostgrenze der tatsächliche Zustand des Krieges. Nachdem der Versailler Vertrag Deutschland erst zerrissen hat, wurde allen deutschen Regierungen seitdem jede friedliche Regelung verweigert. Auch die nationalsozialistische Regierung hat nach dem Jahre 1933 immer wieder versucht, auf dem Wege friedlicher Aushandlungen die schlimmsten Vergewaltigungen und Rechtsbrüche dieses Vertrages zu beseitigen. Es ist mit in erster Linie die Britische Regierung gewesen, die durch intransigentes Verhalten jede praktische Revision vereitelte. Ohne das Dazwischentreten der Britischen Regierung wäre - dessen sind sich die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk bewußt - zwischen Deutschland und Polen sicher eine vernünftige und beiden Seiten gerecht werdende Lösung gefunden worden. Denn Deutschland hatte nicht die Absicht oder die Forderung gestellt, Polen zu vernichten. Das Reich forderte nur die Revision jener Artikel des Versailler Vertrages, die von einsichtvollen Staatsmännern aller Völker schon zur Zeit der

Abfassung dieses Diktates als für eine große Nation sowohl als für die gesamten politischen und wirtschaftlichen Interessen Osteuropas auf die Dauer als untragbar und damit unmöglich bezeichnet worden waren. Auch britische Staatsmänner erklärten die damals Deutschland aufgezwungene Lösung im Osten als den Keim späterer Kriege. Diese Gefahr zu beseitigen, war der Wunsch aller deutschen Reichsregierungen und besonders die Absicht der neuen nationalsozialistischen Volksregierung. Diese friedliche Revision verhindert zu haben, ist die Schuld der britischen Kabinettspolitik.

3. Die Britische Regierung hat - ein einmaliger Vorgang in der Geschichte - dem polnischen Staat eine Generalvollmacht erteilt für alle Handlungen gegen Deutschland, die dieser Staat etwa vorzunehmen beabsichtigen würde. Die Britische Regierung sicherte der Polnischen Regierung unter allen Umständen für den Fall, daß sich Deutschland gegen irgendeine Provokation oder einen Angriff zur Wehr setzen würde, ihre militärische Unterstützung zu. Daraufhin hat der polnische Terror gegen die in den einst von Deutschland weggerissenen Gebieten lebenden Deutschen sofort unerträgliche Formen angenommen. Die Freie Stadt Danzig wurde gegen alle gesetzlichen Bestimmungen rechtswidrig behandelt, erst wirtschaftlich und zollpolitisch mit der Vernichtung bedroht und endlich militärisch zerniert und verkehrstechnisch abgedrosselt. Alle diese der Britischen Regierung genau bekannten Verstöße gegen das Gesetz des Danziger Status wurden gebilligt und durch die ausgestellte Vollmacht an Polen gedeckt. Die Deutsche Regierung hat, ergriffen von dem Leid der in Polen gequälten und unmenschlich mißhandelten deutschen Bevölkerung, dennoch 5 Monate lang geduldig zugesehen, ohne auch nur einmal gegen Polen eine ähnliche aggressive Handlung zu betätigen.

Sie hat nur Polen gewarnt, daß diese Vorgänge auf die Dauer unerträglich sein würden und daß sie entschlossen sei, für den Fall, daß dieser Bevölkerung sonst keine Hilfe würde, zur Selbsthilfe zu schreiten. Alle diese Vorgänge waren der Britischen Regierung auf das genaueste bekannt. Es wäre ihr ein leichtes gewesen, ihren großen Einfluß in Warschau aufzubieten, um die dortigen Machthaber zu ermahnen, Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen und die bestehenden Verpflichtungen einzuhalten. Die Britische Regierung hat dies nicht getan. Sie hat im Gegenteil unter steter Betonung ihrer Pflicht, Polen unter allen Umständen beizustehen, die Polnische Regierung geradezu ermundert, in ihrem verbrecherischen, den Frieden Europas gefährdenden Verhalten fortzufahren. Die Britische Regierung hat aus diesem Geiste heraus den den Frieden Europas immer noch retten könnenden Vorschlag Mussolinis zurückgewiesen, obwohl die Deutsche Reichsregierung ihre Bereitwilligkeit erklärt hatte, darauf einzugehen. Die Britische Regierung trägt daher die Verantwortung für all das Unglück und das Leid, daß jetzt über viele Völker gekommen ist und kommen wird.

4. Nachdem alle Versuche, eine friedliche Lösung zu finden und abzuschließen, durch Intransigenz der von England gedeckten Polnischen Regierung unmöglich gemacht worden waren, nachdem die schon seit Monaten bestehenden bürgerkriegsähnlichen Zustände an der Ostgrenze des Reiches, ohne daß die Britische Regierung etwas dagegen einzuwenden hätte, sich allmählich zu offenen Angriffen auf das Reichsgebiet verstärkten, hat sich die Deutsche Reichsregierung entschlossen, dieser fortdauernden und für eine Großmacht unerträglichen Bedrohung des erst äußeren und dann endlich auch inneren Friedens des deutschen Volkes ein Ende zu bereiten, mit jenen Mitteln, die, nachdem die Regierungen der Demokratien alle anderen Revisionsmöglichlkeiten praktisch sabotiert hatten, allein noch übrigbleiben, um die Ruhe, die Sicherheit und die Ehre des Deutschen Reich zu verteidigen. Sie hat auf die letzten, das Reichsgebiet bedrohenden Angriffe der Polen mit gleichen Maßnahmen geantwortet. Die Deutsche Reichsregierung ist nicht gewillt, infolge irgendwelcher britischer Absichten oder

Verpflichtungen im Osten Zustände zu dulden, die jenen gleichen, wie wir sie in dem unter britischem Protektorat stehenden Palästina vorfinden. Das deutsche Volk aber ist vor allem nicht gewillt, sich von Polen mißhandeln zu lassen.

5. Die Deutsche Reichsregierung lehnt daher die Versuche, durch ultimative Forderungen Deutschland zu zwingen, seine zum Schutze des Reiches angetretene Wehrmacht wieder zurückzurufen und damit die alte Unruhe und das alte Unrecht erneut hinzunehmen, ab. Die Drohung, Deutschland ansonsten im Kriege zu bekämpfen, entspricht der seit Jahren proklamierten Absicht zahlreicher britischer Politiker. Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben dem englischen Volk unzählige Male versichert, wie sehr eine Verständigung, ja eine Freundschaft mit ihm wünschen. Wenn die Britische Regierung diese Angebote bisher immer ablehnte und nunmehr mit einer offenen Kriegsdrohung beantwortet, ist dies nicht Schuld des deutschen Volkes und seiner Regierung, sondern ausschließlich Schuld des britischen Kabinetts bzw. jener Männer, die seit Jahren die Vernichtung und Ausrottung des deutschen Volkes predigen. Das deutsche Volk und seine Regierung haben nicht wie Großbritannien die Absicht, die Welt zu beherrschen, aber sie sind entschlossen, ihre Freiheit, ihre Unabhängigkeit und vor allem ihr Leben zu verteidigen. Die im Auftrag der britischen Regierung von Herrn King Hall uns mitgeteilte Absicht, das deutsche Volk noch mehr zu vernichten als durch den Versailler Vertrag, nehmen wir zur Kenntnis und werden daher jede Angriffshandlung Englands mit den gleichen Waffen und in der gleichen Form beantworten.

Berlin, den 3. September 1939.

Anmerkung: Eine Abschrift dieses Memorandums wurde dem Französischen Botschafter vom Reichsaußenminister am 3. September 1939, mittags 12.20 Uhr, übergeben.

---

26. Dem Reichsaußenminister am 3. September 1939, mittags 12.20 Uhr, vom Französischen Botschafter überreichte Note

(Übersetzung)

Berlin, den 3. September 1939.

Exzellenz,

Da ich am 3. September 12 Uhr mittags keine befriedigende Antwort der Reichsregierung auf das Schreiben erhalten habe, das ich Ihnen am 1. September 22 Uhr übergab, habe ich die Ehre, Ihnen im Auftrag meiner Regierung folgende Mitteilung zu machen:

Die Regierung der Französischen Republik betrachtet es als ihre Pflicht, ein letztesmal an die schwere Verantwortung zu erinnern, die von der Reichsregierung dadurch übernommen wurde, daß sie ohne Kriegserklärung die Feindseligkeiten gegen Polen eröffnete und den Vorschlag der Regierungen der Französischen Republik und Seiner Britischen Majestät nicht Folge leistete, jede Angriffshandlung gegen Polen zu unterlassen und sich zur unverzüglichen Zurückziehung ihrer Truppen aus polnischem Gebiet bereitzuerklären.

Die Regierung der Republik hat daher die Ehre, der Reichsregierung zur Kenntnis zu bringen, daß sie sich verpflichtet sieht, von heute, dem 3. September, 17 Uhr ab die vertraglichen Bindungen zu erfüllen, die Frankreich gegenüber Polen eingegangen ist und die der Deutschen Regierung bekannt sind.

Genehmigen Sie ......

gez. **Coulondre**